

Generationenvertrag Sachsen –
Ein Land, das Nachhaltigkeit lebt.



27. Landesparteitag der Sächsischen Union
17. November 2012 · 10 Uhr · Congress Center Leipzig

Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission



Inhaltsverzeichnis

L-Anträge S. 4
(Änderungsanträge zum Antrag des Landesvorstandes
Nachhaltig wirtschaften - Sachsen in eine gute Zukunft führen)

A-Anträge S. 22
(Weitere Anträge)

Generationenvertrag Sachsen –
Ein Land, das Nachhaltigkeit lebt.



27. Landesparteitag der Sächsischen Union
17. November 2012 · 10 Uhr · Congress Center Leipzig

L-Anträge

Änderungsanträge zum Antrag des Landesvorstandes
„Nachhaltig wirtschaften –
Sachsen in eine gute Zukunft führen“



Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
8	L1	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Wir tragen als heute lebende Generationen die Verantwortung dafür, den uns nachfolgenden Generationen eine intakte und lebenswerte Natur und Umwelt zu übergeben. Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stellen die Grundlage dafür dar, dass wir weiterhin wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand bei hoher Lebensqualität im Freistaat Sachsen und darüber hinaus erreichen. Nachhaltigkeit ist dabei weder eine Worthülse noch alleinige Aufgabe des Staates oder einzelner politischer Parteien – Jeder kann durch eigene Ideen und eigenes Handeln dazu beitragen die Ziele im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich als Leitgedanken in der sächsischen Gesellschaft zu verankern.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ersetze im Antragstext „weder eine Worthülse noch“ durch: „nicht“</p>
12	L2	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen zwischen „Existenzgründern“ und „hat sich“: „und ihrer Innovationsstärke“</p>	<p>Annahme</p>
21	L3	<p>Antragssteller: KV Bautzen</p> <p>Ergänzen: „Den erfolgreich eingeschlagenen Weg wollen wir auch in Zukunft konsequent fortsetzen. Eine nachhaltige Wirtschafts- und Bildungspolitik sind wichtig, um auch in Zukunft im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.“</p> <p>Begründung: Die ersten drei Absätze beziehen sich auf die Leistungen und Erfolge der vergangenen 20 Jahre bzw. den Ist-Zustand. Um den Themenpunkt hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung abzurunden, wurde der Absatz ergänzend eingesetzt.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Streiche im Antragstext „auch in Zukunft“</p> <p>Ersetze im Antragstext „sind“ durch „ist“</p>
61/ 62	L4	<p>Antragssteller: KV Bautzen</p> <p>Streiche: „weil“ bis „entstehen“</p> <p>Ersetze durch: „weil so neue Technologien entstehen, die gleichzeitig einen besseren Umweltschutz ermöglichen.“</p> <p>Begründung: Die gewählte Formulierung ist zu kurz gegriffen. Innovation und neue Technologien sind für Sachsen von größter Bedeutung. Eine Einschränkung auf „Technologien für einen besseren Umweltschutz“, wie die derzeitige Formulierung nahe legt, ist kurzsichtig. Die CDU muss generell auf neue Technologien in allen Bereichen setzen, die quasi automatisch ei-</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„weil so neue Technologien entstehen, die zu mehr Umweltschutz führen.“</p>

L-Anträge an den 27. Landesparteitag am 17.11.2012 in Leipzig

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		nen verbesserten Umweltschutz und eine verbesserte Ressourceneffizienz als Zusatznutzen beinhalten.	
74	L5	Antragssteller: Antragskommission Streiche „oft“	Annahme
76	L6	Antragssteller: Antragskommission Streiche „zu suchen und sie“	Annahme
83	L7	Antragssteller: LV MIT Ergänzen: „Unter „www.atlas.sachsen.de“ sind hierzu jeweils entsprechende permanent-aktuelle interaktive Karten („Bildung“, „Energie“, „Klima“, „Umwelt“, „Natur“) einzurichten (vgl. „demografie.sachsen.de“).	Ablehnung
93	L8	Antragssteller: KV Görlitz Ersetzen: „Erbe“ durch „Hinterlassenschaft“ Begründung: Erbe ist der falsche Begriff und bezieht sich auf das Erbrecht. Hinterlassenschaft ist allgemeiner und wirkt negativer.	Annahme
107	L9	Antragssteller: LV MIT Einfügen zwischen „war“ und „es“: „und ist“	Annahme
105-109	L10	Antragssteller: KV Bautzen Streichen und Ersetzen durch: „Für Nachhaltigkeit steht in ganz besonderer Weise die sächsische Finanzpolitik. Um nachfolgende Generationen auch in Zukunft in ihren Gestaltungsmöglichkeiten nicht zu begrenzen, hat der Freistaat stets auf eine solide Finanzwirtschaft geachtet. Die Vermeidung der Aufnahme von neuen Schulden war und ist dabei ein zentraler Bestandteil sächsischer Haushaltspolitik.“ Begründung: Umformulierung der Inhalte des Themenpunktes aufgrund umgangssprachlicher Formulierungen.	Ablehnung
120	L11	Antragsteller: KV Bautzen Ersetzen: „soliden“ durch „nachhaltigen“	Ablehnung

L-Anträge an den 27. Landesparteitag am 17.11.2012 in Leipzig

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		<p>Begründung: Das „Prinzip einer soliden Politik“ ist im bisherigen Text nicht eingeführt und taucht an dieser Stelle zum ersten Mal auf. Wenn die CDU nun auf das „Prinzip einer soliden Politik“ setzen will, so muss ich der Leser auf Grund der fehlenden Definition fragen: Was ist das denn? Es sollte daher an dieser Stelle von „nachhaltiger Politik“ gesprochen werden, da der Begriff der „Nachhaltigkeit“ bereits eingeführt und dem Leser vertraut ist.</p>	
120	L12	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Ergänzen zwischen „in“ und „der“: „und nach“</p>	Annahme
139	L13	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Die Seiten unter „www.sachsen.de“ sind mit allen Unterseiten jeweils anzugleichen und permanent weiterzuentwickeln.“</p>	Ablehnung
163	L14	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Ersetzen: „insbesondere“ durch „auch“</p> <p>Begründung: Eine leistungsfähige Informationsinfrastruktur ist heutzutage essentiell sowohl für den Privatmann als auch für die ansässigen Unternehmen. In meinen Augen stellt die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zukünftig noch stärker als heute eine Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge dar. Bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge kann jedoch nicht in erster Linie – und das impliziert die Formulierung „insbesondere“ – auf private Investoren gesetzt werden. Die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur ist von so großer Bedeutung, dass der Staat Notfalls die Aufgabe auch selbst stemmen muss; er kann sich nur zusätzlich („auch“) privater Investoren bedienen.</p>	Annahme
167	L15	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen nach „einander“ „, aber die kabelgebundene Lösung muss absolute Priorität haben.“</p>	Ablehnung
194	L16	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Interne und externe Lösungen sollten möglichst auf einer Plattform (z.B. „www.sachsen.de“) miteinander verbunden werden.“</p>	Ablehnung

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
203/ 204	L17	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Streichen: „Nachhaltigkeit“ bis „bringen“</p> <p>Begründung: Der Satz steht an dieser Stelle floskelhaft und hat keinen direkten Bezug zum nachfolgenden Text. Um den Begriff der „Nachhaltigkeit“ nicht über Gebühr zu strapazieren, sollte der Satz gestrichen werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ersetze „Nachhaltigkeit bis „bringen“ durch:</p> <p>„Nachhaltigkeit bedeutet in der Wirtschaftspolitik zu ökonomischen auch ökologische und soziale Belange zusammenzuführen.“</p>
210	L18	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen zwischen „Innovationen“ und „und“: „das Herstellen, Unterstützen und Nutzen von Synergien“</p>	<p>Annahme</p>
238	L19	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Schülerevaluationen, die ggf. in einem Ranking veröffentlicht werden, könnten ein Mittel sein, um hier weitere Fortschritte zu erzielen.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ersetze im Antragstext „Schülerevaluationen“ durch „Evaluationen durch Schüler“</p>
238	L20	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Ergänzen: „Wir wollen den Praxisbezug und die Berufsorientierung an den Schulen intensivieren und durch frühzeitige Kooperation mit Unternehmen möglichst vielen Schülern einen direkten Start in die Arbeitswelt ermöglichen. Berufsvorbereitende Maßnahmen sollen nur noch die Schüler erhalten, die nach der Schule nicht ausbildungsfähig sind. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine Reform und deutschlandweite Vereinheitlichung des Berufsgrundbildungsjahres ein.“</p> <p>Begründung: Textübernahme von Z. 425-430, siehe Antrag L38. An dieser Stelle ist dieser Absatz besser platziert.</p>	<p>Annahme</p>
243	L21	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen nach „branchenoffen“: „ohne bürokratische und steuerliche Hemmnisse.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: „und ohne bürokratische und steuerliche Hemmnisse.“</p>
245	L22	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Wir bekennen uns zum sächsischen Mittelstand als nachhaltigen Garant und Motor der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaates. Unsere politischen Aktivitäten und Förderungs-</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Streiche im Antragstext „nachhaltigen“</p>

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		<p>maßnahmen richten sich auf die Festigung seiner Eigenständigkeit.</p> <p>Eine wesentliche Reduzierung von Regularien und bürokratischen Anforderungen ist unser Wille. Die Ermöglichung der vollen Entfaltung der Prinzipien und Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft hat hierbei oberste Priorität, insbesondere dabei die Konzentrierung der Kommunen bei eigener wirtschaftlicher Betätigung nur auf nicht durch den freien Mittelstand sicher erfüllbare bzw. daseinsfürsorgliche Leistungen.“</p>	<p>Ersetze im Antragstext „die“ bis „Eigenständigkeit“ durch: „das Wachstum der kleinen und mittelständischen Unternehmen.“</p> <p>Ersetze im Antragstext „Eine“ bis „von“ durch: „Ein Verzicht auf“</p>
251	L23	<p>Antragssteller: KV Erzgebirge</p> <p>Ergänzen: „Wirtschaftspolitik ist ein Kernbereich der Sächsischen Union. Wir sind Partner der Industrie, des Mittelstandes, des Handels und des Sächsischen Handwerks. Es ist für uns daher wichtig, in diesem Bereich zukünftig wieder selbst mehr Verantwortung zu übernehmen.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ersetze im Antragstext „Es“ bis „übernehmen“ durch: „Für uns ist daher wichtig, in diesem Bereich die richtigen politischen Weichen zu stellen.“</p>
291	L24	<p>Antragsteller: LV OMV</p> <p>Ergänzen: „Auch das Wissen und Können der Spätaussiedler ist ein wertvolles, aber zurzeit noch brachliegendes Potential für Sachsen.“</p> <p>Begründung: Diese ergänzte Formulierung wird dem Anliegen der OMV Sachsen besser gerecht.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„Auch das Wissen und Können der Spätaussiedler ist ein wertvolles, aber zurzeit noch zu wenig genutztes Potential.“</p>
294	L25	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Ersetze „der“ bis „sind“ durch: „die Sprache der Nachbarländer beherrschen.“</p>	<p>Annahme</p>
298-302	L26	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Streichen „Wir“ bis „verbessern“ und Ersetzen durch: „Wir stehen auch hinsichtlich zukünftiger demografischer Herausforderungen für eine menschliche und dem jeweiligen Lebensalter angepasste Arbeitswelt. Von Arbeitgebern und Gewerkschaften fordern wir gleichermaßen einen Beitrag zur Verbesserung der Voraussetzungen für ein längeres Arbeitsleben. Sinnvolle Arbeitszeitmodelle, eine altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung, Aktivitäten im betrieblichen Gesundheitsmanagement oder geeignete Weiterbildungen seien hier beispielgebend genannt.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ersetze im Antragstext „seien“ durch: „sind“</p>

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		Begründung: Umformulierung der Inhalte des Themenpunktes aufgrund des zu komplizierten Satzbaus. Darüber hinaus erfolgt eine kleine Ergänzung im ersten Satz hinsichtlich des demografischen Hintergrundes.	
302/ 303	L27	Antragssteller: Antragskommission Streiche „jeden“ bis „Geschenk“	Annahme
304	L28	Antragssteller: LV MIT Einfügen zwischen „die“ und „Verlängerung“: „modifizierte“	Ablehnung
328- 329	L29	Antragsteller: KV Bautzen Streichen und Ersetzen durch: „Familie stellt die Basis unserer Gesellschaft dar. Durch die Familie erfährt man Halt, Unterstützung und die Bedeutung von Heimat und Zuhause. Der Mensch wird durch seine Familie in seiner Entwicklung maßgeblich geprägt. Deswegen ist es umso wichtiger, Familien zu fördern und zu unterstützen, ihnen die Hilfe zu ermöglichen, die sie in der jeweiligen Lebenssituation benötigen. Förderungen von Familien ist eine Investition in die gesellschaftliche Zukunft. Die Unterstützung von Familien ist der Sächsischen Union daher ein herausgehobenes Anliegen.“ Begründung: Inhaltliche Ergänzung zum Thema Familie, um deren Bedeutung stärker herauszuheben.	Annahme in geänderter Fassung: Ersetze im Antragstext „Familie“ bis „dar.“ durch „Familie ist die Basis unserer Gesellschaft“
369	L30	Antragssteller: LV MIT Einfügen zwischen „naturwissenschaftliche“ und „technische“: „wirtschaftliche“	Annahme
384	L31	Antragssteller: LV MIT Ergänzen: „Anreize könnten hierbei Bonusprogramme sein, die von Eltern, Freizeitvereinen, Versicherungen u.a. angeboten werden.“	Ablehnung
385	L32	Antragssteller: LV MIT Ergänzen: „Aktuelle und weitere künftige Kooperationen könnten ebenfalls jeweils unter „www.atlas.sachsen.de“ oder „demografie.sachsen.de“ dargestellt werden.“	Ablehnung

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
396	L33	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Anknüpfungspunkt sollten hier die Bildungslotsen sein, deren Anspruch, Leistungen, Kontaktdaten etc. für Sachsen bzw. die Kommunen oder Schulen ebenfalls online einsehbar sein sollte.“</p>	Annahme
396	L34	<p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Einfügen: „Sport nimmt eine Schlüsselfunktion für gesunde Lebensweise, die Entwicklung sozialer Kompetenzen und für die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu Mannschaftsgeist, Fairness und Rücksichtnahme ein. Sportliche Frühförderung im Kindergarten und Sportunterricht in der Schule sowie die Mitgliedschaft in Sportvereinen von Kindern und Jugendlichen fördern Aktivität und Bewegung. Sie legen die Grundlagen für eine lebenslang gesunde Lebensweise und sind uns deswegen ein besonders wichtiges Anliegen.“</p>	Annahme
400-409	L35	<p>Antragssteller: KV Vogtland</p> <p>Streichen und Ersetzen durch: „In Sachsen muss auch in Zukunft gelten, dass die Besten Lehrer werden wollen und sollen. Gut ausgebildete und hochmotivierte Lehrer sind das Rückgrat sächsischer Bildungspolitik. Die Attraktivität und Wertschätzung des Lehrerberufs werden wir deswegen erhöhen. Bei Beibehaltung des Klassenschlüssels wollen wir deutlich vergrößerte Einstellungskorridore schaffen, um das altersbedingte Ausscheiden vieler Lehrer kompensieren zu können. Dies muss gleichzeitig einhergehen mit einer nachhaltigen Verbesserung des Beschäftigungsumfeldes. Entlohnung und Arbeitsanforderungen sächsischer Lehrer gilt es daher marktgerecht weiterzuentwickeln, wobei finanzielle Nachholbedarfe - im Verhältnis zu anderen Bundesländern - gegenwärtig offenkundig sind. Bedarfsgerecht unterstützend sollen Schulsozialarbeiter implementiert werden, so dass die Lehrkräfte sich auf ihren eigentlichen Bildungsauftrag konzentrieren können. Im Lehramtsstudium wollen wir die Studienorganisation verbessern und von Beginn an auf mehr Praxis setzen. Neben frühzeitigen Informationen über die benötigten Fächerkombinationen, sollen den geeigneten und benötigten Hochschulabsolventen bereits in der Studienphase Einstellungsanzeigen unterbreitet werden. Ziel muss es dabei sein, diese langfristig für das sächsische Bildungssystem zu gewinnen. Schüler, Eltern und Lehrer erwarten zu Recht, dass die Politik in diesem Zukunftsfeld die notwendigen Entscheidungen trifft und damit Zukunftsperspektiven für junge Leute schafft.“</p>	Ablehnung

L-Anträge an den 27. Landesparteitag am 17.11.2012 in Leipzig

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		<p>Begründung: Die CDU Vogtland sieht hinsichtlich der ursprünglichen Formulierung Bedarf der inhaltlichen Konkretisierung und Präzisierung wie die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert werden kann. Der Bildungsstandort Sachsen steht um die besten Lehrerköpfe im Wettbewerb mit anderen Bundesländern. Gegenwärtig weist er jedoch Standortnachteile auf. So erscheint es Absolventen eines Lehramtsstudiums oftmals lukrativer, die Berufsausübung außerhalb Sachsens zu suchen. Die geeignete Stärkung des Bildungsstandortes Sachsen und eine Aufwertung des Ansehens der Lehrkräfte Sachsens sind unumgänglich, wollen wir auch zukünftig an der Spitze liegen.</p>	
422	L36	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Dabei sollten technisch unterschiedliche Lösungen eingesetzt, zur Nutzung der effizientesten Lösung im Alltag. Die Grundlage eines gelungenen Unterrichts liegt darüber hinaus weiterhin zunächst beim Lehrer.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: „Dabei sollten technisch unterschiedliche Lösungen eingesetzt und erprobt werden.“</p>
423	L37	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Ersetzen „wollen bis „einrichten“ durch: „sollen neue Lehrstühle in diesem Bereich initiiert werden.“</p>	<p>Annahme</p>
425-430	L38	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Streichen des gesamten Absatzes</p> <p>Begründung: siehe Antrag L20</p>	<p>Annahme</p>
456	L39	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Ergänzen: „Wir halten am Erfolgsmodell der dualen Ausbildung in der Berufsakademie Sachsen fest.“</p>	<p>Annahme</p>
461	L40	<p>Antragssteller: Antragskommission</p> <p>Einfügen zwischen „Hochschulen,“ und „Unternehmensverbände“: „die Berufsakademie Sachsen,“</p>	<p>Annahme</p>
462	L41	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen zwischen „Angebote“ und „zu“: „gemeinsam mit weiteren Bildungseinrichtungen (Bibliotheken, Museen u.a.)“</p>	<p>Ablehnung</p>

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
471	L42	<p>Antragssteller: SV Riesa</p> <p>Ergänzen: „Notwendige Grundlage dafür ist eine ausreichende und damit über das bisherige Maß hinausgehende Finanzausstattung des kommunalen Raumes.“</p> <p>Begründung: Viele Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage sind von der Sorge getrieben, dass sich die Finanzausstattung seit der Verwaltungsreform 2008 nicht entsprechend den Erfordernissen entwickelt. Mit Pflichteinführung der Doppik im Freistaat Sachsen hat sich diese Situation in keiner Weise verbessert, sondern wird sich aufgrund der zu erwirtschaftenden Abschreibungen deutlich verschlechtern und damit weitere notwendige Investitionen beeinträchtigen. Zudem – und diese Tatsache sollten wir uns auch als CDU nicht schönreden – steigen die Ausgaben im Sozialbereich. Der Druck auf Kreissozial- und Kreisjugendämter nach finanzgünstigeren Möglichkeiten beispielsweise bei der Betreuung von alten Menschen oder Entscheidungen bei Kindeswohlgefährdungen zu suchen, wird immer stärker, hat jedoch auch Grenzen. Auch die mit Billigung des Freistaates Sachsen erfolgende abgesenkte Beteiligung des Bundes an Sozialausgaben im Rahmen der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen geht insbesondere zu Lasten des kommunalen Raumes. Zu einem überzeugenden Konzept für die künftige Entwicklung des Freistaates gehört eine stabile auskömmliche Finanzausstattung, auch im kommunalen Bereich.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„Notwendige Grundlage dafür ist eine angemessene Finanzausstattung des kommunalen Raumes.“</p>
473	L43	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Ersetzen: „Entscheidungskraft“ durch „Entscheidungsspielräume“</p> <p>Begründung: An dieser Stelle ist unserem Erachten nach nicht <i>Entscheidungskraft</i> sondern sind <i>Entscheidungsspielräume</i> gemeint. Die entsprechenden Spielräume müssen gewährt werden, damit diese dann mit „Entscheidungskraft“ ausgenutzt werden können.</p>	<p>Ablehnung</p>
482	L44	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen: „Auch dies sollte unter „demografie.sachsen.de“ veröffentlicht werden.“</p>	<p>Annahme</p>

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
491	L45	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Ersetzen: „mögliche“ durch „Möglichkeit der“</p> <p>Begründung: Die jetzige Formulierung „die mögliche Abweichung von Standards“ klingt, als ob die Standards abweichen würden. Gemeint ist hier aber wahrscheinlich „die Möglichkeit der Abweichung“ von Standards.</p>	Annahme
494-497 und 520	L46	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Verschiebe gesamten Absatz nach Zeile 520</p> <p>Begründung: Das explizite Eingehen auf den speziellen Punkt der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum passt im Textfluss an dieser Stelle nicht. Der Gedankenfluss sollte vom Übergeordneten und Allgemeinen zum Speziellen führen. Dieser Fluss wird durch den Absatz 494-497 unterbrochen, denn anschließend geht der Gedankengang wieder mit übergeordneten Aspekten weiter. Daher sollte der Absatz an das Ende des Gedankenflusses verschoben werden.</p>	Annahme
519	L47	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Auch dies sollte unter der einheitlichen Adresse „www.atlas.sachsen.de“ dargestellt werden.“</p>	Ablehnung
519 und 531	L48	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Ersetzen: „Metropolen“ durch „Ballungszentren“</p> <p>Begründung: Ersatz des Begriffes „Metropolen“, da dieser im Zusammenhang mit den sächsischen Großstädten unpassend ist. Auch wenn das Wort Metropole von der Begriffsdefinition nicht falsch ist, so wird es umgangssprachlich jedoch eher im Zusammenhang mit großen Städten von Weltrang in Verbindung gebracht (siehe New York, Paris, Shanghai,...)</p>	Ablehnung
521	L49	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Streiche „wie Apotheken, Banken oder“</p> <p>Begründung: An dieser Stelle werden explizit und scheinbar willkürlich zwei private Dienstleistungen bzw. Dienstleister genannt. Was ist mit weiteren Dienstleistungen, die für die Daseins-</p>	Ablehnung

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		<p>vorsorge bzw. für das tägliche Leben notwendig sind? Der Antrag schränkt sich an dieser Stelle unnötigerweise auf zwei (privatwirtschaftliche) Bereiche ein. Hier sollte der Blick auf alle Dienstleistungen erweitert werden, die im weitesten Sinne der Daseinsvorsorge dienen.</p>	
525	L50	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Ersetzen: „Metropolen“ durch „Großstädte“</p> <p>Begründung: Ersatz des Begriffes „Metropolen“, da dieser im Zusammenhang mit den sächsischen Großstädten unpassend ist. Auch wenn das Wort Metropole von der Begriffsdefinition nicht falsch ist, so wird es umgangssprachlich jedoch eher im Zusammenhang mit großen Städten von Weltrang in Verbindung gebracht (siehe New York, Paris, Shanghai,...)</p>	Ablehnung
527-535	L51	<p>Antragsteller: KV Chemnitz, KV Dresden</p> <p>Streichen und Ersetzen durch: „Metropolen stellen die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Mittelpunkte ihrer jeweiligen Region dar und besitzen demzufolge eine große Ausstrahlungswirkung in den jeweiligen ländlichen Raum. Mit Dresden, Chemnitz und Leipzig hat Sachsen drei starke Großstädte, die es weiterhin zukunftsfähig aufzustellen gilt.</p> <p>Die demografische Entwicklung in den Metropolen ist gegenläufig zu jener im ländlichen Raum: die großen sächsischen Städte wachsen; sie verzeichnen hohe Geburten- und Zuwachsraten. Eine leistungsfähige Wirtschaft, attraktive Wissenschaftseinrichtungen, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, zahlreiche Kulturangebote und ein lebenswertes städtisches Flair ziehen immer mehr Menschen an. Die Stärke der drei sächsischen Metropolen ist gut für den gesamten Freistaat. Daher werden wir deren positive Entwicklung auch weiterhin aktiv begleiten und mit gezielten Instrumenten den besonderen Erfordernissen Rechnung tragen.</p> <p>Das bedeutet, in den Metropolen die Angebote für Familien weiter bedarfsgerecht auszubauen, den Schulhausbau und den Bau von Kindertagesstätten zu fördern, die Leuchttürme der Wissenschaft und die Wirtschaft weiterhin zu stärken aber beispielsweise auch die Spitzenmedizin zu sichern.</p> <p>Zudem werden wir auf eine bessere nationale und internationale Bahnanbindung der großen Städte hinwirken. Des Weiteren ist ein gut ausgebauter Öffentlicher Personennahverkehr im städtischen Bereich von großer Bedeutung für Mobilität und Umweltschutz. Die Sächsische Union wird sich dafür einsetzen, ihm die nötige Unterstützung zukommen zu lassen.“</p>	Ablehnung

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
538	L52	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Die energiepolitische Strategie muss die Reduzierung von Treibhausgasen und den Ausbau regenerativer Energien als Beitrag zum Klimaschutz gleichermaßen im Fokus haben, wie die Sicherung der Versorgung und die Bezahlbarkeit von Energiedienstleistungen.“</p>	Annahme
567	L53	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Die Entwicklung von neuartigen und hochqualitativen Technologien und Verfahren im Bereich der Energie- und Umwelttechnologien in Zusammenarbeit der sächsischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen mit der Wirtschaft betrachten wir als Chance für weltweite Innovationen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Sachsen. Als zentrale Handlungsfelder sollten die Effizienzsteigerung fossiler Energieumwandlungsanlagen, die Entwicklung von CO₂-armen Technologien, die Erhöhung der Energieeffizienz (Gebäude, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Geräte) sowie Speichertechnologien und virtuelle Kraftwerke für regenerative Energieanlagen den Gegenstand von Forschung und Entwicklung bilden.“</p>	Ablehnung
582	L54	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Auch dies sollte unter der einheitlichen Adresse „www.atlas.sachsen.de“ dargestellt werden.“</p>	Ablehnung
589	L55	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: Den aktuellen Stand und die weitere Entwicklung sollten ebenfalls unter der einheitlichen Adresse „www.atlas.sachsen.de“ dargestellt werden.“</p>	Ablehnung
596	L56	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Wir erachten die Reduzierung von Lärmbelastungen als eine wichtige Aufgabe der Umwelt- und vorsorgenden Gesundheitspolitik und sehen es als Aufgabe an, durch öffentliche Information über die Lärmbelastungen für Transparenz zu sorgen. Die neuesten Erkenntnisse aus der Lärmforschung sollen in den Gesetzen Eingang finden und Lärmschutz sollte daher in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.“</p>	Annahme

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
641 643/ 644	L57	<p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Einfügen zwischen „Engagement“ und „in“: „der Menschen in unserem Land“ auf Z. 641</p> <p>dafür Streichen „der Menschen in unserem Land“ auf Z. 643/644</p> <p>Begründung: Der Satz ist in der vorgelegten Weise schlecht lesbar und daher nur schwer verständlich. Ich schlage daher eine Um- formulierung vor, zu einer besseren Lesbarkeit und damit zu einem besseren Verständnis der Aussage führt.</p>	Annahme
646	L58	<p>Antragssteller: OV Blasewitz/Striesen</p> <p>Einfügen zwischen „unterstützen.“ und „Auch“: „Das betrifft insbesondere die Anerkennung und Würdigung ehrenamtlicher Arbeit. Dazu gehört beispielsweise die Eh- renamtskarte des Freistaates Sachsen, die künftig noch bes- ser in kommunale Würdigungskonzepte integriert werden muss. Der Freistaat Sachsen steht in der Pflicht, die Fort- und Weiterbildung für Ehrenamtliche entsprechend dem Pro- gramm der Weiterbildungschecks für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen finanziell zu unterstützen.“</p>	Ablehnung
659	L59	<p>Antragssteller: OV Blasewitz/Striesen</p> <p>Ergänzen: „Eine große Herausforderung für die ehrenamtliche Arbeit ist die Nachwuchsgewinnung. Um insbesondere junge Leute an das Ehrenamt heranzuführen, sind Patenschaften mit Kin- dergärten und Schulen ausdrücklich zu unterstützen. Auch sind in den Universitäten und anderen Institutionen des Frei- staates Sachsen Angebote, Projekte und Plattformen weiter- zuentwickeln, bei denen Mitarbeitern und Studenten der Wert des Ehrenamtes für die Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft näher gebracht wird. Nicht zuletzt muss stärker für ehrenamtliche Wahlfunktionen in Gemeinden und Kom- munen geworben werden. Die Sächsische Union steht dabei zu ihrer Verantwortung, Bürgerinnen und Bürger für politi- sche Ehrenämter zu gewinnen. Eine gute Netzwerk- und Öff- fentlichkeitsarbeit aller Parteebenen und -gliederungen dient diesem Anliegen.“</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„Eine große Herausforde- rung für die ehrenamtliche Arbeit ist insbesondere die Nachwuchsgewinnung.“</p>
692	L60	<p>Antragssteller: KV Vogtland</p> <p>Ergänzen: „Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum nach- haltig sicherzustellen, müssen weitere Anreize für Ärzte ge- schaffen werden. Wir wollen Investitionszuschüsse für die Übernahme oder Errichtung einer Praxis mit einer Bindung an die Stelle und Region einführen. Außerdem sollten Sti-</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„Um die medizinische Ver- sorgung im ländlichen Raum nachhaltig sicherzu- stellen, müssen weitere Anreize geschaffen werden.</p>

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		pendien für Medizinstudenten an eine spätere Tätigkeit an sächsischen Kliniken verbunden werden. Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass bei der Vergütung von Leistungen der Mehraufwand im ländlichen Raum stärker entlohnt wird. Uns ist bewusst, dass ohne Zuschüsse eine dauerhafte medizinische Versorgung schwer möglich ist.“	Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass bei der Vergütung von Leistungen der Mehraufwand im ländlichen Raum stärker entlohnt wird. Hierbei sehen wir auch die Kassenärztliche Vereinigung in der Pflicht.“
698-702	L61	<p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Streichen und Ersetzen durch: „In Sachsen gibt es seit der Wiedergründung des Freistaates und dem Inkrafttreten der Verfassung die Möglichkeit der Volksgesetzgebung. Dieses Instrument wurde nach den Jahren der DDR ganz bewusst als Form der Gesetzgebung installiert. Die Sächsische Union bekennt sich zur Volksgesetzgebung und wird darauf achten, dass auch bei einem Rückgang der Wahlberechtigten im Freistaat Sachsen die Möglichkeiten zu dieser Form der Willensbildung erhalten bleibt.</p> <p>Wir wissen dass Teilhabe die Voraussetzung für Akzeptanz von politischen Entscheidungen ist und unsere repräsentative Demokratie stärkt. Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger wollen wir deshalb sowohl in den Parlamenten als auch in der Verwaltung auf allen Ebenen ausbauen. Wir prüfen die Einführung von Volksbefragungen auf Landesebene als ein neues Element der Bürgerbeteiligung. Die technischen Möglichkeiten des Internets erleichtern die Beteiligung und Information der Bevölkerung.“</p>	Annahme
702	L62	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Ergänzen: „Künftige Anträge der Sächsischen Union sollen stets auch digital zur Diskussion für Mitglieder der Sächsischen Union stehen und kommentiert werden können.“</p>	Annahme
732	L63	<p>Antragssteller: KV Görlitz</p> <p>Ersetzen: „Senioren“ durch „Demografische Entwicklung“</p> <p>Begründung: Senioren sind durch Seniorenunion vertreten, analog JU, FU.</p>	Annahme
735-738	L64	<p>Antragssteller: KV Görlitz</p> <p>Streichen: „Im Sinne“ bis „zu lassen.“</p>	Ablehnung

L-Anträge an den 27. Landesparteitag am 17.11.2012 in Leipzig

Zeile	Antrag Nr.	Text	Empfehlung der Antragskommission
		<p>Begründung: Die Verwendung internetgestützter Diskussionsforen bringt keine Klarheit in politischen Entscheidungen und kann deshalb auch keine Basis für Entscheidungen der Sächsischen Union sein.</p>	
743	L65	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Einfügen: „Die CDU-Vereinigungen (JU, FU, CDA, KPV, MIT, OMV, SU) haben dabei eine besondere Verantwortung, was gezielt zu fördern ist.“</p> <p>Begründung: Hierdurch wird das Bewusstsein vom Nutzen der Vereinigungen nochmals geschärft.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: „Die CDU-Vereinigungen haben dabei eine besondere Verantwortung, was gezielt zu fördern ist.“</p>
748	L66	<p>Antragssteller: KV Görlitz</p> <p>Ersetzen: „Feedback“ durch „eine unmittelbare Rückmeldung“</p> <p>Begründung: Deutsche Sprache verwenden.</p>	<p>Annahme</p>
751	L67	<p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Ergänzen: „In Bezug auf die formulierten Vorschläge zur Verbesserung und Effektivierung der Parteiarbeit auf allen Ebenen, wird der Landesvorstand der Sächsischen Union bis Ende des Jahres 2013 konkrete Vorschläge unterbreiten.“</p> <p>Begründung: ggf. mündlich</p>	<p>Ablehnung</p>
756 - 758	L68	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Streichen ab „Deshalb“</p> <p>Begründung: Die Vorteile einer „Schnuppermitgliedschaft“ bieten bereits die CDU-Vereinigungen</p>	<p>Ablehnung</p>

Zeile Antrag
Nr.

Text

Empfehlung der
Antragskommission

<p>allg.</p>	<p>L69</p>	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>In Anträgen sind Tatsachen mit Quellennachweisen anzugeben. Im Antrag „Nachhaltig wirtschaften – Sachsen in eine gute Zukunft führen“ betrifft das die u. g. Tatsachen.</p> <p>Begründung: Quellennachgaben erleichtern den Einstieg in die Materie und stützen die darauf aufbauenden Positionen.</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th>Nr.</th> <th>Zeile</th> <th>Inhalt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>1</td><td>3</td><td>Die Wirtschaftskraft hat sich in den</td></tr> <tr><td></td><td>4</td><td>vergangenen zwanzig Jahren nahezu verdoppelt</td></tr> <tr><td>2</td><td>4</td><td>Noch nie hatten so viele Menschen bei</td></tr> <tr><td></td><td>5</td><td>uns einen Arbeitsplatz wie heute.</td></tr> <tr><td>3</td><td>5</td><td>Seit 1990 haben über 6000 Unternehmen eine</td></tr> <tr><td></td><td>6</td><td>Betriebsstätte an einem sächsischen Standort errichtet oder erworben.</td></tr> <tr><td>4</td><td>17</td><td>In Folge</td></tr> <tr><td></td><td>18</td><td>der Ansiedlung nationaler und internationaler Großunternehmen</td></tr> <tr><td>5</td><td>87</td><td>Seit der Wiedergründung des Freistaats Sachsen haben wir mit großem Erfolg gewaltige</td></tr> <tr><td></td><td>88</td><td>Anstrengungen unternommen, den Zustand von Natur und Umwelt nachhaltig zu</td></tr> <tr><td></td><td>89</td><td>verbessern.</td></tr> <tr><td>6</td><td>93</td><td>Aus dem Erbe der DDR haben wir eine geschundene und oft zerstörte Natur, eine desolante</td></tr> <tr><td></td><td>94</td><td>Infrastruktur im Trink- und Abwasserbereich und kontaminierte Böden übernommen.</td></tr> <tr><td>7</td><td>95</td><td>Nicht nur bei der Luftreinhaltung, der öffentlichen Wasserversorgung und in der</td></tr> <tr><td></td><td>96</td><td>Abwasser- und Abfallwirtschaft sind herausragende Fortschritte erzielt worden, die jeder</td></tr> <tr><td></td><td>97</td><td>Bürger tagtäglich erlebt.</td></tr> <tr><td>8</td><td>97</td><td>Unsere Flüsse sind wieder sauber.</td></tr> <tr><td>9</td><td>97</td><td>Das Ende der Ablagerung von</td></tr> <tr><td></td><td>98</td><td>Rohmüll im Jahr 2005 erspart unseren Nachkommen neue ökologische Altlasten.</td></tr> <tr><td>10</td><td>98</td><td>Tausende</td></tr> <tr><td></td><td>99</td><td>Müllkippen und Altlasten aus der DDR-Zeit wurden mit hohem finanziellem Einsatz und im</td></tr> <tr><td></td><td>100</td><td>Interesse von Mensch und Natur beseitigt.</td></tr> <tr><td>11</td><td>130</td><td>Alle Bildungsuntersuchungen der</td></tr> <tr><td></td><td>131</td><td>vergangenen Jahre bestätigen uns in dieser Politik.</td></tr> <tr><td>12</td><td>302</td><td>Die Lebenserwartung der Sachsen steigt jeden Tag</td></tr> <tr><td></td><td>303</td><td>um drei Stunden.</td></tr> <tr><td>13</td><td>368</td><td>Sachsen hat ein ausgezeichnetes Bildungsniveau.</td></tr> <tr><td>14</td><td>434</td><td>Sachsen hat stark in die wissenschaftliche Infrastruktur investiert.</td></tr> <tr><td>15</td><td>439</td><td>Der Freistaat Sachsen weist heute die höchste Dichte an außeruniversitären</td></tr> <tr><td></td><td>440</td><td>Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland auf.</td></tr> <tr><td>16</td><td>448</td><td>Forschungsk Kooperationen fördern wir mit einem breiten Angebot an Programmen für den</td></tr> <tr><td></td><td>449</td><td>Technologietransfer.</td></tr> </tbody> </table>	Nr.	Zeile	Inhalt	1	3	Die Wirtschaftskraft hat sich in den		4	vergangenen zwanzig Jahren nahezu verdoppelt	2	4	Noch nie hatten so viele Menschen bei		5	uns einen Arbeitsplatz wie heute.	3	5	Seit 1990 haben über 6000 Unternehmen eine		6	Betriebsstätte an einem sächsischen Standort errichtet oder erworben.	4	17	In Folge		18	der Ansiedlung nationaler und internationaler Großunternehmen	5	87	Seit der Wiedergründung des Freistaats Sachsen haben wir mit großem Erfolg gewaltige		88	Anstrengungen unternommen, den Zustand von Natur und Umwelt nachhaltig zu		89	verbessern.	6	93	Aus dem Erbe der DDR haben wir eine geschundene und oft zerstörte Natur, eine desolante		94	Infrastruktur im Trink- und Abwasserbereich und kontaminierte Böden übernommen.	7	95	Nicht nur bei der Luftreinhaltung, der öffentlichen Wasserversorgung und in der		96	Abwasser- und Abfallwirtschaft sind herausragende Fortschritte erzielt worden, die jeder		97	Bürger tagtäglich erlebt.	8	97	Unsere Flüsse sind wieder sauber.	9	97	Das Ende der Ablagerung von		98	Rohmüll im Jahr 2005 erspart unseren Nachkommen neue ökologische Altlasten.	10	98	Tausende		99	Müllkippen und Altlasten aus der DDR-Zeit wurden mit hohem finanziellem Einsatz und im		100	Interesse von Mensch und Natur beseitigt.	11	130	Alle Bildungsuntersuchungen der		131	vergangenen Jahre bestätigen uns in dieser Politik.	12	302	Die Lebenserwartung der Sachsen steigt jeden Tag		303	um drei Stunden.	13	368	Sachsen hat ein ausgezeichnetes Bildungsniveau.	14	434	Sachsen hat stark in die wissenschaftliche Infrastruktur investiert.	15	439	Der Freistaat Sachsen weist heute die höchste Dichte an außeruniversitären		440	Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland auf.	16	448	Forschungsk Kooperationen fördern wir mit einem breiten Angebot an Programmen für den		449	Technologietransfer.	<p>Ablehnung</p>
Nr.	Zeile	Inhalt																																																																																																				
1	3	Die Wirtschaftskraft hat sich in den																																																																																																				
	4	vergangenen zwanzig Jahren nahezu verdoppelt																																																																																																				
2	4	Noch nie hatten so viele Menschen bei																																																																																																				
	5	uns einen Arbeitsplatz wie heute.																																																																																																				
3	5	Seit 1990 haben über 6000 Unternehmen eine																																																																																																				
	6	Betriebsstätte an einem sächsischen Standort errichtet oder erworben.																																																																																																				
4	17	In Folge																																																																																																				
	18	der Ansiedlung nationaler und internationaler Großunternehmen																																																																																																				
5	87	Seit der Wiedergründung des Freistaats Sachsen haben wir mit großem Erfolg gewaltige																																																																																																				
	88	Anstrengungen unternommen, den Zustand von Natur und Umwelt nachhaltig zu																																																																																																				
	89	verbessern.																																																																																																				
6	93	Aus dem Erbe der DDR haben wir eine geschundene und oft zerstörte Natur, eine desolante																																																																																																				
	94	Infrastruktur im Trink- und Abwasserbereich und kontaminierte Böden übernommen.																																																																																																				
7	95	Nicht nur bei der Luftreinhaltung, der öffentlichen Wasserversorgung und in der																																																																																																				
	96	Abwasser- und Abfallwirtschaft sind herausragende Fortschritte erzielt worden, die jeder																																																																																																				
	97	Bürger tagtäglich erlebt.																																																																																																				
8	97	Unsere Flüsse sind wieder sauber.																																																																																																				
9	97	Das Ende der Ablagerung von																																																																																																				
	98	Rohmüll im Jahr 2005 erspart unseren Nachkommen neue ökologische Altlasten.																																																																																																				
10	98	Tausende																																																																																																				
	99	Müllkippen und Altlasten aus der DDR-Zeit wurden mit hohem finanziellem Einsatz und im																																																																																																				
	100	Interesse von Mensch und Natur beseitigt.																																																																																																				
11	130	Alle Bildungsuntersuchungen der																																																																																																				
	131	vergangenen Jahre bestätigen uns in dieser Politik.																																																																																																				
12	302	Die Lebenserwartung der Sachsen steigt jeden Tag																																																																																																				
	303	um drei Stunden.																																																																																																				
13	368	Sachsen hat ein ausgezeichnetes Bildungsniveau.																																																																																																				
14	434	Sachsen hat stark in die wissenschaftliche Infrastruktur investiert.																																																																																																				
15	439	Der Freistaat Sachsen weist heute die höchste Dichte an außeruniversitären																																																																																																				
	440	Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland auf.																																																																																																				
16	448	Forschungsk Kooperationen fördern wir mit einem breiten Angebot an Programmen für den																																																																																																				
	449	Technologietransfer.																																																																																																				
<p>allg.</p>	<p>L70</p>	<p>Antragssteller: LV MIT</p> <p>Die Sächsische Union veröffentlicht neben dem zu beschließendem Antragspapier zugleich eine Kurzfassung mit (einer Auswahl von) wesentlichen Kernaussagen.</p> <p>Begründung: Die MIT Sachsen unterstützt v.a. die 14 wesentlichen Kernaussagen des Antrags „Nachhaltig wirtschaften – Sachsen in eine gute Zukunft führen“:</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th>Nr.</th> <th>Zeile</th> <th>Inhalt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>1</td><td>3</td><td>Der Freistaat Sachsen ist ein erfolgreiches Bundesland.</td></tr> <tr><td>2</td><td>60</td><td>Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie, „mehr“ zu produzieren, sondern</td></tr> <tr><td></td><td>61</td><td>„Besseres“ zu schaffen.</td></tr> <tr><td>3</td><td>62</td><td>Wir setzen auf faire Bildungschancen statt Einheitsschule.</td></tr> <tr><td>4</td><td>107</td><td>Unser Ziel war und ist es, nur das auszugeben, was wir haben.</td></tr> <tr><td>5</td><td>139</td><td>Sachsen soll das Zukunftsland der Digitalisierung werden.</td></tr> <tr><td>6</td><td>219</td><td>Betriebswirtschaftliche und ökologische Effizienz sind zwei Seiten einer Medaille.</td></tr> <tr><td>7</td><td>247</td><td>Sachsen soll Industriestandort bleiben.</td></tr> <tr><td>8</td><td>328</td><td>Familie ist der Ort, an dem Verantwortung und Solidarität erlernt und gelebt wird.</td></tr> <tr><td>9</td><td>367</td><td>Bildung schafft Wohlstand.</td></tr> <tr><td>10</td><td>379</td><td>Kindertagesstätten sind in Sachsen zugleich</td></tr> <tr><td></td><td>380</td><td>Bildungseinrichtungen.</td></tr> <tr><td>11</td><td>622</td><td>Mit einem garantierten Einstellungskorridor für die Polizei</td></tr> <tr><td></td><td>623</td><td>setzen wir ein klares Zeichen.</td></tr> <tr><td>12</td><td>626</td><td>Jede Form von politischem oder religiösem Extremismus verurteilen</td></tr> <tr><td></td><td>627</td><td>wir.</td></tr> <tr><td>13</td><td>632</td><td>Wir werden uns für eine Gesetzesinitiative einsetzen,</td></tr> <tr><td></td><td>633</td><td>die einen flexibleren Einsatz der Bundespolizei ermöglicht.</td></tr> <tr><td>14</td><td>644</td><td>Ein lebendiger und nachhaltiger Heimat-, Denkmal-, oder Umweltschutz ist</td></tr> <tr><td></td><td>645</td><td>ohne das Ehrenamt nicht denkbar.</td></tr> </tbody> </table>	Nr.	Zeile	Inhalt	1	3	Der Freistaat Sachsen ist ein erfolgreiches Bundesland.	2	60	Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie, „mehr“ zu produzieren, sondern		61	„Besseres“ zu schaffen.	3	62	Wir setzen auf faire Bildungschancen statt Einheitsschule.	4	107	Unser Ziel war und ist es, nur das auszugeben, was wir haben.	5	139	Sachsen soll das Zukunftsland der Digitalisierung werden.	6	219	Betriebswirtschaftliche und ökologische Effizienz sind zwei Seiten einer Medaille.	7	247	Sachsen soll Industriestandort bleiben.	8	328	Familie ist der Ort, an dem Verantwortung und Solidarität erlernt und gelebt wird.	9	367	Bildung schafft Wohlstand.	10	379	Kindertagesstätten sind in Sachsen zugleich		380	Bildungseinrichtungen.	11	622	Mit einem garantierten Einstellungskorridor für die Polizei		623	setzen wir ein klares Zeichen.	12	626	Jede Form von politischem oder religiösem Extremismus verurteilen		627	wir.	13	632	Wir werden uns für eine Gesetzesinitiative einsetzen,		633	die einen flexibleren Einsatz der Bundespolizei ermöglicht.	14	644	Ein lebendiger und nachhaltiger Heimat-, Denkmal-, oder Umweltschutz ist		645	ohne das Ehrenamt nicht denkbar.	<p>Ablehnung</p>																																				
Nr.	Zeile	Inhalt																																																																																																				
1	3	Der Freistaat Sachsen ist ein erfolgreiches Bundesland.																																																																																																				
2	60	Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie, „mehr“ zu produzieren, sondern																																																																																																				
	61	„Besseres“ zu schaffen.																																																																																																				
3	62	Wir setzen auf faire Bildungschancen statt Einheitsschule.																																																																																																				
4	107	Unser Ziel war und ist es, nur das auszugeben, was wir haben.																																																																																																				
5	139	Sachsen soll das Zukunftsland der Digitalisierung werden.																																																																																																				
6	219	Betriebswirtschaftliche und ökologische Effizienz sind zwei Seiten einer Medaille.																																																																																																				
7	247	Sachsen soll Industriestandort bleiben.																																																																																																				
8	328	Familie ist der Ort, an dem Verantwortung und Solidarität erlernt und gelebt wird.																																																																																																				
9	367	Bildung schafft Wohlstand.																																																																																																				
10	379	Kindertagesstätten sind in Sachsen zugleich																																																																																																				
	380	Bildungseinrichtungen.																																																																																																				
11	622	Mit einem garantierten Einstellungskorridor für die Polizei																																																																																																				
	623	setzen wir ein klares Zeichen.																																																																																																				
12	626	Jede Form von politischem oder religiösem Extremismus verurteilen																																																																																																				
	627	wir.																																																																																																				
13	632	Wir werden uns für eine Gesetzesinitiative einsetzen,																																																																																																				
	633	die einen flexibleren Einsatz der Bundespolizei ermöglicht.																																																																																																				
14	644	Ein lebendiger und nachhaltiger Heimat-, Denkmal-, oder Umweltschutz ist																																																																																																				
	645	ohne das Ehrenamt nicht denkbar.																																																																																																				

Generationenvertrag Sachsen – Ein Land, das Nachhaltigkeit lebt.



27. Landesparteitag der Sächsischen Union
17. November 2012 · 10 Uhr · Congress Center Leipzig

A-Anträge

Weitere Anträge



Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

<p>A1</p> <p>Antragssteller: LV KPV</p> <p>Betreff: Stärkung von Kompetenz und Verantwortung der Aufsichtsräte</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der CDU-Landesverband Sachsen bekennt sich als fraktionstragende Partei von Fraktionen in kommunalen Gebietskörperschaften und im Sächsischen Landtag zur Verantwortung für kommunale Unternehmen in Privatrechtsform. Die in § 98 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 Satz 3 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) und § 63 Sächsische Landkreisordnung aufgeführten Kriterien „betriebswirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde“ sind für den CDU-Landesverband Sachsen zwingende Voraussetzungen, um die Gemeinwohl orientierte Aufgabenerfüllung durch die Vertreter der Gemeinde in kommunalen Unternehmen der Privatrechtsform sicherzustellen. Bei der Entsendung von Mitgliedern in Aufsichtsräte und andere entsprechende Überwachungsorgane durch Fraktionen der CDU Sachsen wird nur dann von der Erfüllung der Kriterien der SächsGemO und SächsLKrO abgesehen, wenn Sachkunde und Erfahrungen in branchenspezifischen Belangen eines konkreten Beteiligungsunternehmens eine wirksame Ausübung der Aufsichtsfunktion gewährleisten.</p> <p>Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, den Ermessensspielraum der Regelungen des § 98 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung zu verengen, die Kriterien für die Entsendung von Vertretern der Gemeinde in Aufsichtsräte und andere entsprechende Überwachungsorgane sachgerecht zu konkretisieren und die Regelungen der SächsGemO um entsprechende Anwendungshinweise zu ergänzen.</p> <p>Begründung: Der Landesverband der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Sachsen setzt sich für eine Stärkung von Kompetenz und Verantwortung der durch die Ratsfraktionen kommunaler Gebietskörperschaften entsandten Mitglieder in kommunalen Unternehmen in Privatrechtsform ein. Aus diesem Grund legt die KPV Sachsen dem Landesparteitag der CDU Sachsen diesen Antrag zur Beschlussfassung vor.</p>	<p>Überweisung an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags</p>
<p>A2</p> <p>Antragsteller: KV Meißen</p> <p>Betreff: Zweitwohnsitzsteuer</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union lehnt die vermehrte Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer ab.</p> <p>Begründung: Die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer namentlich durch Städte mit Sitz von Hochschulen führt zu einer Schieflage zwischen Erstwohnsitzen im ländlichen Bereich und den Großstädten als Sitzkommunen von Hochschulen und größeren Wirtschaftsbetrieben. Das “Abwerben” von Einwohnern durch die Besteuerung der Kaltmiete eines</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A17</p> <p>Annahme von A17, damit A2 erledigt</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>Nebenwohnsitzes zielt auf die „kostensparende“ Wahl eines Hauptwohnsitzes am Standort der Ausbildungsstätte ab. Damit werden dem Herkunftsort durch Wegzug auch die Schlüsselzuweisungen, die nach Hauptwohnsitzen vergeben werden, entzogen. Dies entzieht dem ländlichen Raum seine finanzielle Basis.</p>	
<p>A3</p> <p>Antragsteller: LV Senioren Union</p> <p>Betreff: Selbstständigkeit für Ältere</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag soll im Bereich der Wirtschaftsförderung Möglichkeiten prüfen, dass die Gründung selbstständiger Existenzen für Ältere gefördert wird.</p> <p>Voraussetzung dafür ist die Einrichtung eines spezifischen Programms, welches die Unterstützung von Existenzgründungen für ältere Personen zum Inhalt hat. Dazu gehört auch, dass Nachteile bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen ausgeglichen werden.</p> <p>Begründung: Sachsen liegt bei der Existenzgründung noch immer im Mittelfeld Deutschlands. Wir wollen, dass auch ältere Existenzgründer gefördert werden und dazu beitragen, dass die Gründungskultur in allen Altersgruppen gefördert wird.</p>	<p>Überweisung an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags</p>
<p>A4</p> <p>Antragsteller: LV Senioren Union</p> <p>Betreff: Beratungsstellen für pflegende Angehörige</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag zu ersuchen, Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass Anlaufstellen zur Beratung für pflegende Angehörige geschaffen werden. - dass das Angebot an Kurzzeitpflegeplätze erhöht wird. - dass die Leistungen von Tages- oder Nachtpflegen vollständig durch die Leistungen der Pflegegelder gedeckt werden. Zusätzlich bedarf es eines Ausbau der genannten Pflegeplätze <p>Begründung: Durch die demografische Entwicklung und die höhere Lebenserwartung verschieben sich Krankheit, Gebrechlichkeit und dementielle Erkrankungen in das höhere Lebensalter. Die Übernahme von Pflege durch Angehörige wird zunehmen, und ambulante vor stationärer Pflege wird in Zukunft Vorrang haben. Dazu ist die Unterstützung pflegender Angehöriger notwendig. Entsprechende Beratungsangebote können überforderte Angehörige unterstützen und entlasten. Es wird der Vernachlässigung, wie der Gewalt in der häuslichen Pflege vorgebeugt.</p>	<p>Überweisung an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>A5</p> <p>Antragsteller: LV Senioren Union</p> <p>Betreff: Internet-Bildungspolitik</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag soll im Bereich der Bildungspolitik Möglichkeiten prüfen, wie das Thema Internet zu einem eigenständigen Unterrichtsfach werden kann und die Lehrpläne darauf ausgerichtet werden, sich sicher und gefahrenminimiert im Internet zu bewegen.</p> <p>Begründung: Das Internet in allen seinen Varianten und Bereichen ist ein in der Regel nahezu allseits präsentenes ungefiltertes Kommunikationsmittel. Das unbegrenzte Angebot reicht von hocheffektiver, sinnvoller Nutzung zum Informationsaustausch bis zu skandalerzeugendem, gar kriminellen Missbrauch des Zugangs zu allen denkbaren Kommunikationsanwärttern. Jeder von uns, unabhängig vom Alter, ist gefordert, das Eine vom Anderen zu unterscheiden und sich entsprechend klug zu verhalten - von einer geschickten Nutzung bis zur Ignoranz oder Abwehr. Dazu bedarf es rechtzeitig einer ausreichenden Medienkompetenz, die – beginnend in den Schulen - altersbezogen zu vermitteln ist. Es ist darüber zu befinden, inwieweit neben der Integration in den Unterrichtsfächern und Praktika in den Schulen spezifische Fächer oder Lehrveranstaltungen einzurichten sind. Weiterbildungsangebote sollen auch älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern notwendige Kenntnisse vermitteln, die sie befähigen, das Internet geeignet zu nutzen und sich vor Angriffen zu schützen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass fächerübergreifend ein starker Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenz gesetzt wird und der Informatikunterricht in diesem Sinne weiterentwickelt wird.</p>
<p>A6</p> <p>Antragsteller: LV Senioren Union</p> <p>Betreff: Palliativvorsorge</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag zu ersuchen, 1. dass das Lernfeld „Palliativpflege“ in die Altenpflegeausbildung eingebaut wird. Ein dementsprechender überarbeiteter Lehrplan muss mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz erarbeitet werden. 2. dass ein Studiengang Palliativpflege (Palliative Care) - adäquat dem der Dresden International University - gebührenfrei an der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Carl Gustav Carus installiert wird.</p> <p>Begründung: Das Thema Palliativpflege hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Daher ist es in unserer alternden Gesellschaft wichtig, dass genügend fachkundiges Personal zur Verfügung steht. Die Senioren Union Landesverband Sachsen erachtet es daher als notwendig, dass junge Menschen einen einfacheren Zugang zu diesem Berufsfeld bekommen.</p>	<p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>A7</p> <p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Betreff: Rente</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union lehnt den Vorstoß des Bundesarbeitsministeriums, Altersarmut durch Einführung einer so genannten Zuschussrente zu begegnen ab, da diese einseitig die junge Generation belastet und das Grundproblem, die Rente auf die Herausforderungen des demographischen Wandels einzustellen, verfehlt. Die Sächsische Union setzt sich deshalb mittelfristig für ein Rentensystem ein, dass Elemente der umlagefinanzierten Rente, privater Vorsorge und betrieblicher Renten verbindet.</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A18</p> <p>Überweisung der Anträge A7 und A18 an den CDU-Landesvorstand</p>
<p>A8</p> <p>Antragsteller: KV Chemnitz</p> <p>Betreff: Anpassung Vergabebedingungen für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, folgende Kriterien in die Vergabebedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung zu implementieren. Es sollen sich nur Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung beteiligen dürfen, wenn diese keine Leistungsbezieher von ergänzendem ALG II sind und darüber hinaus eine entsprechende Altersvorsorge nachweisen können.</p>	<p>Überweisung an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</p>
<p>A9</p> <p>Antragsteller: KV Chemnitz</p> <p>Betreff: Beendigung der staatlichen Subventionierung bei Beschäftigungsverhältnissen in gesetzlicher oder tariflicher Vollzeit</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, alle über die öffentlichen Haushalte kofinanzierten SGB II-Beträge zu beenden, wenn diese trotz voller Erwerbstätigkeit gezahlt werden müssen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, zum aktuellen Status inflationsbereinigt einen Schwellenwert zu definieren und diesen als Lohnuntergrenze für gesetzliche bzw. tarifliche Vollzeitbeschäftigung festzulegen. Die Lohnuntergrenze gilt dann überregional für alle Branchen und alle Beschäftigungsverhältnisse. Ein großer Teil der eingesparten Mittel soll der Qualifizierung von Arbeitsuchenden und dem Integrationsprozess in den 1. Arbeitsmarkt zufließen.</p> <p>Begründung: Die Haushaltslage der Städte und Gemeinden hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Ein Hauptanteil der finanziellen Ausgaben entfällt auf die Zuwendungen im Bereich SGB II. Dabei ist zu verzeichnen, dass trotz Be-</p>	<p>Überweisung an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>schäftigung in Vollzeit viele Arbeitnehmer von den erzielten Entgelten nicht leben können. Das stellt eine versteckte Subvention von Beschäftigungsverhältnissen dar, die wettbewerbsrechtlich nicht regelkonform ist. Das Solidarprinzip wird zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Kommunen missbraucht.</p> <p>Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Leistungen, wie z. B. Wohngeld oder Zuschüsse für Kinderbetreuung, nicht Teil der Regelung sein sollen. Diese sind anderweitig im kommunalen Haushalt verankert.</p>	
<p>A10</p> <p>Antragsteller: KV Chemnitz</p> <p>Betreff: Angleichung der Auszahlungssätze für Leistungsempfänger von ALG II zwischen getrennt und nicht getrennt lebenden Partnerschaften.</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Differenzierung in der Höhe der Zuwendungen zwischen Einzelbeziehern und Bedarfsgemeinschaften zu beenden.</p> <p>Begründung: Für die CDU ist die Familie der wichtigste Baustein unserer Gesellschaft. Die Grundeinstellung ist seit jeher in den Programmen der Partei verankert. Allerdings haben in der heutigen Zeit nicht mehr alle Partnerschaften den Status „verheiratet“. Demzufolge gibt es auch eheähnliche Beziehung, die nicht selten Verantwortung für Kinder ausüben. Bei der Führung eines gemeinsamen Haushaltes erhalten die genannten Personen geringere Zuwendungen. Das führt dazu, dass nicht selten getrennte Haushalte betrieben werden. Die Grundstruktur der Familie wird damit zerstört. Das betrifft neben der klassischen Familie auch die Verknüpfung unterschiedlicher Familienstrukturen zu einer Einheit (oft auch als Patchwork-Familie bezeichnet). Die Umsetzung des Antrages soll dieser Tatsache Rechnung tragen und die Grundlagen für verbesserte familiäre Rahmenbedingungen schaffen. Darüber hinaus hat die Umsetzung des Antrages einen weiteren positiven Effekt für die Zuwendungsgeber von Sozialleistungen. Da nicht mehr der Zwang zur getrennten Haushaltsführung besteht, sollten sich in diesem Zusammenhang die Ausgaben für Wohngeld spürbar verringern.</p>	<p>Überweisung an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundtagsfraktion</p>
<p>A11</p> <p>Antragsteller: KV Chemnitz</p> <p>Betreff: Zeitliche Beschränkung der Absicherung des Existenzminimums von selbständig Tätigen über Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Deutsche Bundestag möge beschließen: Der Zuwendungszeitraum von ALG II für Unternehmer soll auf maximal 24 Monate begrenzt werden. Danach ist das Gewerbe abzumelden. Die betreffende Person wird in den Leistungsbezug Arbeitslosengeld I / Arbeitslosengeld II zurückgeführt. Der Zeitraum kann um weitere 12 Monate verlängert werden, wenn</p>	<p>Überweisung an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundtagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>in den ersten 24 Monaten Maßnahmen (z. B. Qualifizierungsmaßnahmen) begonnen wurden, die auf die Beseitigung der Zuwendungen seitens der öffentlichen Hand ausgerichtet sind.</p> <p>Begründung: Die selbstständige Unternehmung muss die Gewinnerzielung, die Deckung des eigenen Lebensunterhaltes und die soziale Absicherung (inkl. der Altersvorsorge) gewährleisten können. Eine Nichterfüllung dieser unternehmerischen Ziele steht dem Grundansatz der Solidargemeinschaft entgegen. Die Implementierung in eine abhängige Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt sichert im Gegensatz zum Bezug von ergänzendem ALG II die sozialen Grundstandards der betreffenden Person.</p>	
<p>A12</p> <p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Betreff: „Flexi-Quote“</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union befürwortet eine „Flexi-Quote“, mit der Unternehmen gesetzlich dazu aufgefordert werden, sich selbst zur Festlegung einer verbindlichen Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat zu verpflichten. Wir lehnen eine gesetzlich festgelegte Frauenquote für Unternehmen ab. Die Sächsische Union fordert ihre Mandatsträger im Sächsischen Landtag und in der Sächsischen Staatsregierung auf, diese Positionen vermerkbar zu vertreten, auch in der Bundespartei und im Bundesrat.</p> <p>Begründung: Der Antrag nimmt Bezug auf Beschlüsse des Bundesrates in seiner Plenarsitzung am 21. September 2012, in welcher zwei Gesetzentwürfe (einer zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, einer zu einer gesetzlich festgelegten Frauenquote) allein deshalb eine Mehrheit erhielten, weil Vertreter aus Ländern mit CDU-geführten Landesregierungen dem zustimmten. Beide Gesetzentwürfen ist zum einen inhaltlich entgegenzutreten: Sie stellen schwerwiegende Eingriffe in die verfassungsgerichtlich garantierte Berufsfreiheit und Vertragsfreiheit dar; dass diese Eingriffe dringend geboten sind, ist bisher nicht dargelegt. Zum anderen ist es kein Ausdruck guten innerparteilichen Umgangs, wenn Landesverbände der CDU – im „Umweg“ über die parteiangehörigen Ländervertreter im Bundesrat – mühsam erkämpfte Kompromisse nach langen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der CDU in Frage stellen: Nach einer ausführlichen Debatte hat der Bundesvorstand der CDU Deutschlands beschlossen, dem 27. Bundesparteitag am 4./5. Dezember 2012 in seinem Leitantrag vorzuschlagen, sich für eine sog. Flexi-Quote auszusprechen.</p>	<p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>A13</p> <p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Betreff: Mindestlohn</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union vertraut den Tarifpartnern, angemessene branchenspezifische Löhne zu vereinbaren und spricht sich daher gegen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aus.</p> <p>Die Sächsische Union fordert ihre Mandatsträger im Sächsischen Landtag und in der Sächsischen Staatsregierung auf, diese Position vermerkbar zu vertreten, auch in der Bundespartei und im Bundesrat.</p> <p>Begründung: Der Antrag nimmt Bezug auf Beschlüsse des Bundesrates in seiner Plenarsitzung am 21. September 2012, in welcher zwei Gesetzentwürfe (einer zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, einer zu einer gesetzlich festgelegten Frauenquote) allein deshalb eine Mehrheit erhielten, weil Vertreter aus Ländern mit CDU-geführten Landesregierungen dem zustimmten.</p> <p>Beide Gesetzentwürfen ist zum einen inhaltlich entgegengesetzt: Sie stellen schwerwiegende Eingriffe in die verfassungsgerichtlich garantierte Berufsfreiheit und Vertragsfreiheit dar; dass diese Eingriffe dringend geboten sind, ist bisher nicht dargelegt.</p> <p>Zum anderen ist es kein Ausdruck guten innerparteilichen Umgangs, wenn Landesverbände der CDU – im „Umweg“ über die parteiangehörigen Ländervertreter im Bundesrat – mühsam erkämpfte Kompromisse nach langen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der CDU in Frage stellen: Der 26. Bundesparteitag der CDU in Leipzig im Jahr 2011 hat sich im Hinblick auf einen flächendeckenden Mindestlohn für das sog. Kommissionsmodell und gegen einen gesetzlich fixierten Mindestlohn ausgesprochen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Sächsische Union bekennt sich zu folgenden Grundsätzen, die wir im vergangenen Jahr in unserem Grundsatzprogramm (S. 52) beschlossen haben:</p> <p>„Die Sächsische Union steht für die Tarifautonomie und ist gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der willkürlich von der Politik festgelegt wird. Wir sprechen uns für eine Lohnuntergrenze aus, die die Sozialpartner – also Arbeitgeber und Arbeitnehmer - gemeinsam festlegen sollten.“</p> <p>Die Sächsische Union fordert ihre Amts- und Mandatsträger auf, diese Position wahrnehmbar zu vertreten, auch auf der Bundesebene.</p>
<p>A14</p> <p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Betreff: Angleichung Lehrergehälter</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union setzt sich für die stufenweise Angleichung der Gehälter aller sächsischen Lehrerinnen und Lehrer auf dem Entgeltniveau für Lehrkräfte der Sekundarstufe II ein.</p> <p>Begründung: Schulartspezifische Entgeltunterschiede für Lehrer sind weder begründbar noch sachgerecht. Jeder Lehrer ist gefordert, seinen Schülern unabhängig von deren Bildungsniveau das Rüstzeug für die größtmögliche Entfaltung ihrer individuellen Potentiale mit auf den Weg zu geben. Grundschullehrer haben beispielsweise einen anspruchsvollen Beruf und leisten einen ebenso wichtigen Beitrag für die lebens- und berufsweltliche Kompetenzbildung, wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien. Dementsprechend sollten sie auch entlohnt werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Sächsische Union setzt sich für ein attraktives Entgeltniveau ein, um in Sachsen junge Lehrerinnen und Lehrer entsprechend ihrer Qualifikation für einen dauerhaften Einstieg in den Lehrerberuf zu gewinnen.</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>A15</p> <p>Antragsteller: LV Junge Union</p> <p>Betreff: Einführung eines nicht-konsekutiven „Master of Education“</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: „Die Sächsische Union setzt sich für die Einführung eines nicht - konsekutiven ‚Master of Education‘ an sächsischen Hochschulen ein. Ziel eines solchen, weiterbildenden, Studiengangs soll die Befähigung von geeigneten Akademikern zur Ausübung des Lehramtes sein.“</p> <p>Begründung: Selbst unter der Voraussetzung, dass in den Haushalten genügend Stellen abgebildet werden, wird sich für den Freistaat Sachsen auf absehbare Zeit die Deckung des Lehrerbedarfs allein durch Neueinstellungen von Absolventen schwierig gestalten. Insbesondere die starke Konkurrenz der Bundesländer um junge Lehrkräfte macht es vor dem Hintergrund des demographischen Wandels unumgänglich, den Weg in den Lehrerberuf zu flexibilisieren. Dafür bietet sich ein nicht konsekutiver „Master of Education“ an. Dieser soll Personen, die bereits über einen akademischen Grad auf dem Niveau von Diplom/Magister/Master verfügen und ihre persönliche Eignung nachweisen können, den Zugang zum Lehramt ermöglichen. Im Rahmen des aufbauenden Master Studiums muss die sachgerechte Vermittlung des notwendigen pädagogischen und didaktischen Handwerkszeugs im Mittelpunkt stehen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, durch pädagogische Zusatzausbildungen Quereinsteigern den Einstieg in den Lehrerberuf in Sachsen zu ermöglichen.</p>
<p>A16</p> <p>Antragsteller: LV Frauen Union</p> <p>Betreff: Positionspapier zum Leitantrag "Nachhaltig wirtschaften - Sachsen in eine gute Zukunft führen"</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union unterstützt folgende Forderungen und Positionen der Frauen Union und macht sich diese zueigen:</p> <p><i>Bodenständig und ehrlich leben – für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder!</i> Die Frauen Union Sachsen steht für Nachhaltigkeit! Wir fordern das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen. Nur so kann die ökologische, ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft sichergestellt und verbessert werden. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – lassen sich zu einem gleichseitigen, integrierenden Dreieck verbinden. Sie stehen miteinander in Wechselwirkung, erfordern langfristig eine ausgewogene Koordination und sind nicht isoliert voneinander zu betrachten.</p> <div data-bbox="868 1704 1139 1944" style="text-align: center;"> <p>The logo consists of a large triangle. Inside the triangle, the letters 'FU!' are written in white on a red square background. Below the triangle, the text 'Frauen Union Sachsen' is written. The three sides of the triangle are labeled: 'sozial' on the left side, 'ökonomisch' on the right side, and 'ökologisch' at the bottom.</p> </div>	<p>Überweisung an den CDU-Landesvorstand</p>

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

Frauen sind in diesem Dreieckssystem zielführender und unabdingbarer Bestandteil. Wir sind überzeugt: Ohne Frauen, ihre Teilhabe und aktive Mitwirkung gibt es keine Nachhaltigkeit! Sie entscheiden sich für oder gegen Kinder – und damit für oder gegen das Wachsen neuer Generationen!
Nachhaltig leben ist Fundament des christlichen Menschenbildes. Das erfordert die besondere Unterstützung derjenigen, welche die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in Sachsen schaffen.

Die Frauen Union ordnet den drei Dimensionen beispielhaft die folgenden Aspekte zu.

Ökonomie – Ehrlich wirtschaften!

Soziales – Bildungschancen für alle!

Ökologie – Herausforderungen nicht nur für den ländlichen Raum!

Ökonomie - Ehrlich wirtschaften!

Wir dürfen in Sachsen nicht über unsere Verhältnisse leben. Wir übernehmen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen!

Ein ehrlicher, transparenter und solider Haushalt im Freistaat Sachsen mit einer hohen Investitionsquote ist eine Grundvoraussetzung. Die Frauen Union setzt auf nachhaltige Investitionen! Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist unbedingt darauf zu achten, dass die Auftragnehmer langlebige Materialien einsetzen und fristgerecht hochwertige Leistungen erbringen.

Wir fordern eine leistungsgerechte Bezahlung und Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierbei ist auf Entgeltgleichheit zu achten. Frauen, insbesondere junge Frauen sollen, eine Chance auf Beschäftigung erhalten! Wir brauchen sie für unseren Freistaat! Ihre Kompetenzen und Kreativität, insbesondere als Familienmanagerinnen, sind unerlässlich.

Rente mit 67 – das bedeutet für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass sie den Bedürfnissen des Alterns angepasst sind. Die Frauen Union fordert Instrumente der betrieblichen Gesundheitsvorsorge in allen Bereichen der Gesellschaft zu implementieren. Prävention ist eines der wichtigsten Mittel hierbei.

Soziales – Bildungschancen für alle!

Für die Frauen Union hat die Förderung der frühkindlichen Entwicklung Priorität! In den ersten drei Lebensjahren werden entscheidende Voraussetzungen für das gesamte Leben geschaffen.

Die Frauen Union fordert eine stärkere Profilierung des Sächsischen Schulsystems. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Die Frauen Union fordert den Ausbau und die Erweiterung der Lehrerbildung hinsichtlich eines schulartübergreifenden Einsatzes und der geschlechterspezifischen Pädagogik und Psychologie.

Wir schlagen vor, Modelle zu schaffen, die auf die Koedukation (gemeinsame Bildung von Jungen und Mädchen) in MINT Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) während der Jahrgangsstufen 7 bis 9 verzichten, um das Interesse der Mädchen an technischen Fächern zu wecken und deren Förderung zu stärken. Die Begabtenförderung ist geschlechtssensibel zu gestalten. Wir fordern eine noch stärkere und kontinuierlichere, praxisorientierte Ausbildung während der schulischen Bildung.

Wir setzen uns ein für mehr Anerkennung des pädagogischen Personals. Wir fordern einen fairen Umgang mit Lehrern, Eltern und Schülern. Es müssen dringend noch mehr Maßnahmen greifen, die eine weitere Einstellung von Lehrern

ermöglichen. Außerdem ist es erforderlich, Altersanrechnungen der Lehrer zugunsten eines Einstellungskorridors und im Sinne der Gleichbehandlung zu verändern.

Die Frauen Union fordert zur Unterstützung des Lern- und Biorhythmus von Kindern- und Jugendlichen landeseinheitliche Rahmenbedingungen für die Unterrichtsplanung. Der Unterrichtsbeginn muss im Zeitraum zwischen 8.00 Uhr und 9.00 Uhr liegen. Dabei ist die Frühhortbetreuung für Grundschüler zu sichern.

Nachhaltigkeit verlangt die aktive Teilnahme der Schüler am gesellschaftlichen Engagement, um beispielsweise den Generationenaufgaben der älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.

Deshalb empfehlen wir den schrittweisen Verzicht auf Hausaufgaben zu Gunsten des selbstständigen und eigenverantwortlichen Lernens.

Bildung spielt für eine persönliche und existenzsichernde Perspektive von Kindern eine große Rolle. Bildung verbessert die Fähigkeiten von Kindern, ihre individuelle Lebenslage und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu gestalten.

Nachhaltigkeit im alltäglichen Miteinander bedeutet, Solidaritätsbeziehungen zwischen den Generationen in Nachbarschaft und Gemeinde konkret zu leben. Daher fordert die Frauen Union lokale Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements aktiv zu stärken und verlässliche Infrastrukturen für freiwillige Hilfe zu schaffen.

Ökologie – Herausforderung nicht nur für den ländlichen Raum!

Ländliche Räume sind das Reservoir unserer natürlichen Ressourcen. Sie sichern unsere Nahrungsmittel, Wasser und nachwachsende Rohstoffe, bieten Natur- und Erholungsräume.

Die Frauen Union setzt sich für lebendige ländliche Räume als Wirtschaftsstandorte und als Natur- und Erholungsräume ein. Das setzt zukunftsorientierte Chancen für Frauen – und damit auch für junge Familien – voraus. Die Frauen Union fordert günstige Rahmenbedingungen bei Investitionen und Existenzgründungen, dadurch können sich für Frauen langfristige Chancen ergeben.

Dabei ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinden so verlässlich auszugestalten, dass sie den Herausforderungen bei Versorgung, Bildung, Mobilität, Gesundheit und Pflege trotz einer weniger und zunehmend älter werdenden Bevölkerung gerecht wird. Wie sich Kommunen im ländlichen Raum weiterentwickeln, entscheidet sich auch durch den Erhalt der Mobilität für die Menschen. Die Frauen Union fordert nachhaltiges Handeln der Entscheidungsträger, indem der Öffentliche Personen Nahverkehr (ÖPNV) nicht weiter ausgedünnt, aber effektiv eingesetzt wird. Dabei sind alle vorhanden Ressourcen, auch die guten Beispiele bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen. Als Beispiele verweisen wir u.a. auf Ruftaxis, Bürgerbusse oder Mitfahrzentralen.

Die Forderung nach ökologischer Nachhaltigkeit ist für die Frauen Union nicht beschränkt auf die globale und damit anonyme Zuweisung der Verantwortung dafür. Wir hinterfragen unser ganz persönliches Verhalten im Alltag – innerhalb der kleinen Lebenskreise und in der Gesellschaft. Jeden Tag entscheiden wir mit, ob das Klima geschützt, knappe Ressourcen geschont oder Menschenrechte geachtet werden.

Eine der Grundfragen ist „Ehrliches Essen“. Die Frauen Union ruft dazu auf, die eigenen Ansprüche an Lebensmittel zu überprüfen. Täglich frisch, einwandfrei und natürlich billig? Zunehmend wächst die Erkenntnis, dass regional hergestellte und der Jahreszeit entsprechende Produkte nachhaltiger sind und zur gesunden Ernäh-

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p> rung beitragen. Deshalb ist es unabdingbar, regionale und saisonale Produkte auch in den Fokus externer Speisenanbieter in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu rücken. Wir fordern eine Zertifizierung von nachhaltigem Handeln und der Produkte kommerzieller Essensanbieter im öffentlichen Bereich. Die Frauen Union befürwortet die Fortsetzung der Förderung des ländlichen Raums, wie z.B. den Ausbau von Nachbarschaftsläden, und die Unterstützung der Erzeuger und Anbieter heimischer Produkte. Wir setzen uns für die kontinuierliche Förderung von Angeboten und Projekten zur Ernährungsbildung und Aufklärung zu einer gesundheitsfördernden Lebensweise ein. Bildung für eine gesunde, ehrliche Lebensweise fängt in der kindlichen Phase an. Als Beispiel sei hier der Ernährungsführerschein, den die Landfrauen in sächsischen Schulen gestalten, angeführt. Die Frauen Union spricht sich gegen Lebensmittelverschwendung und Lebensmittelvernichtung als Teil unserer christlichen Verantwortung aus. Pro Person und Jahr werden in Deutschland 82kg Lebensmittel weggeworfen. Das ist eine riesige Vernichtung von Produkten, der dazu notwendigen Energie bei der Herstellung und des benötigten Wassers. Wir unterstützten die Kampagne "Zu gut für die Tonne!" und die gemeinnützigen Vereine der „Tafeln“, vor allem auch im ländlichen Raum. Keine Benachteiligung von Lebensmittelspendern im Steuerrecht! Die Frauen Union steht zu fair hergestellten und gehandelten Produkten. Wir hinterfragen unser eigenes Konsumverhalten! Wir setzen uns für eine verstärkte Information und Aufklärung (Wissensvermittlung) zu Arbeits- und Sozialbedingungen bei der Produktion in den Herstellerländern ein. Wie umweltgerecht wird beispielsweise Kleidung in China hergestellt? Welchen Preis hat unser Schnäppchen-Verhalten, unser Anspruch an ständig neue Kleidung zum niedrigsten Preis? Oder kann zum Beispiel Kinderkleidung mehrmals getragen werden? Das sind nur einige wenige Aspekte, viele weitere Beispiele und Empfehlungen ließen sich aufführen. Die Frauen Union ist überzeugt: Verantwortlich konsumieren ist möglich! Als Entscheidungshilfe verweisen wir auf den „Nachhaltigen Warenkorb“. Die Broschüre wurde im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung erstellt und wird laufend aktualisiert. Sie bietet gute Orientierung und die Möglichkeit zur Mitgestaltung. </p> <p>Begründung: Die Frauen Union hat sich zu einer Klausurtagung und mit einer dazu eingerichteten Arbeitsgruppe intensiv mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ auseinandergesetzt. Die erarbeiteten Positionen und Schlussfolgerungen können bei der Dimension des Themas nur beispielhaft sein und erfordern eine kontinuierliche Weiterbefassung. Die FU Kreisverbände werden dies nach regionalen Schwerpunkten und Interessen weiter verfolgen.</p>	
<p>A17</p> <p>Antragsteller: KV Erzgebirge</p> <p>Betreff: Zweitwohnsitzsteuer</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, Schüler, Auszubildende und Studenten von der Zahlung einer Zweitwohnungssteuer zu befreien.</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A2</p> <p>Annahme von A17, damit A2 erledigt</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>Begründung: Immer mehr Städte in Sachsen, insbesondere die Hochschulstandorte, haben zwischenzeitlich eine Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer beschlossen. Eigentlich ist die Zweitwohnungssteuer – als kommunale Aufwandssteuer – dafür gedacht, den Mehraufwand zu kompensieren, der durch Einwohner entsteht, die zwar die kommunale Infrastruktur nutzen, aber nicht mit Hauptwohnsitz in der Kommune wohnen. Ein solcher fiktiver Mehraufwand durch Inhaber von Zweitwohnungen entsteht aber – zumindest in den Großstädten - nicht in einem relevanten Umfang. Vielmehr entspricht das Vorhalten der Infrastruktur, gerade auch für Nichtansässige, der Funktion der Oberzentren. In der Praxis führt die Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer in Sachsen dazu, dass vor allem der Schüler, Auszubildenden und Studenten ihren Hauptwohnsitz an den Ausbildungs- bzw. Studienort verlegen, obwohl dies melderechtlich in vielen Fällen nicht angezeigt wäre. Im Ergebnis verlieren die Herkunftsgemeinden in spürbarer Zahl Einwohner und damit auch Schlüsselzuweisungen. Dies geht insbesondere zu Lasten der ländlichen Räume. Ziel oder Wirkung einer Zweitwohnsitzsteuer kann und darf nicht sein, dass insbesondere finanziell Schwächere dazu motiviert werden, ihren Hauptwohnsitz nur deshalb zu verlegen, um sich die Zweitwohnungssteuer zu ersparen.</p>	
<p>A18</p> <p>Antragsteller: LV CDA</p> <p>Betreff: Lebensleistung muss sich lohnen: Für eine Rente, die zum Leben reicht</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Nach der Friedlichen Revolution gelang es, dass die Lebensleistung der ostdeutschen Rentner gewürdigt wurde und sie ordentliche Rente erhielten – anders als zu DDR-Zeiten. Dies war eine große Leistung im Rahmen der Wiedervereinigung. Auch heute ist die gesetzliche Rente für die meisten Menschen die zentrale Säule der Alterssicherung, insbesondere im Osten Deutschlands. Das soll auch so bleiben. Als umlagefinanzierte Sozialversicherung ist sie wie kein anderes Versicherungssystem in der Lage, neben dem Alter auch das Invaliditäts- und das Hinterbliebenenrisiko solidarisch abzusichern. Durch die demografische Entwicklung – insbesondere durch die zu niedrige Geburtenrate – musste das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2029 auf 67 Jahre angehoben werden. Lediglich jene Beschäftigten, die 45 Pflichtbeitragsjahre erreichen, können weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Ruhestand gehen. Das sinkende Rentenniveau führt allerdings auch dazu, dass selbst langjährige Beitragszahler nicht mehr mit einer Rente über der Grundsicherung rechnen können – sie mithin das gleiche erhalten wie jene, die nie gearbeitet haben. Das müssen wir ändern! Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das war und ist eine Grundüberzeugung der Union. Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und gegebenenfalls noch ergänzend vorgesorgt hat, muss im Alter mehr haben als derjenige, der das nicht geleistet hat.</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A7</p> <p>Überweisung der Anträge A7 und A18 an den CDU-Landesvorstand</p>

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

Die Rente nach Mindesteinkommen, die für Beitragszeiten bis 1991 noch gilt, hat sich bewährt. Die Regelung sieht vor, dass Ansprüche von Menschen, die lange gearbeitet haben, aufgewertet werden – um 50 Prozent, auf bis zu 0,75 Entgelt-punkte. Dabei bleibt das Äquivalenzprinzip gewahrt, weil nicht auf einen einheit-lichen Satz aufgestockt wird, sondern individuell nach den erworbenen Ansprü-chen.

Unabhängig davon bleibt die Grundsicherung die untere Auffanglinie zur Ver-hinderung von Armut im Alter und bei Erwerbsminderung. Als bedürftigkeitsab-hängiges Fürsorgesystem sichert sie das Existenzminimum ab.

Betriebsrenten und private Altersvorsorge gewinnen an Bedeutung. Es darf nicht sein, dass jene, die privat oder betrieblich vorsorgen, insofern benachteiligt wer-den, dass ihre Alterseinkünfte dann bei der Grundsicherung angerechnet wer-den. Sparen und Vorsorgen müssen sich lohnen!

Für die Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind – die also für ihre Kinder derzeit nur einen statt drei Entgelt-punkte erhalten – sollte eine Lösung gefunden werden, die die Kindererziehungszeiten besser berücksichtigt. Der entsprechende Beschluss des CDU-Bundesparteitages sollte mit Leben erfüllt werden.

Menschen, die gerade im Osten Deutschlands an 1-Euro-Jobs wahrgenommen haben, sollten für diese Zeit im Nachhinein Rentenanwartschaften erwerben.

Selbstständige sind stärker auf Grundsicherung angewiesen. Auch für sie sollte eine Regelung gefunden werden, die bei ihnen zu Rentenanwartschaften bzw. vergleichbaren Altersvorsorgeleistungen führt.

Wir begrüßen den Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums, die Zurechnungs-zeiten bei Erwerbsminderungsleistungen um zwei Jahre zu verlängern. Damit sinkt das Risiko, dass man aufgrund von Invalidität auf Grundsicherung angewie-sen ist. Es ist zu prüfen, ob der Schutz vor Berufsunfähigkeit für die junge Gene-ration ausreichend geregelt ist.

Begründung:

Die Altersvorsorge wird in Deutschland derzeit intensiv diskutiert. Selbst lang-jährig Versicherte müssen heute mit einer Rente unterhalb der Grundsicherung rechnen. Grundsicherung heißt: Man darf lediglich 2600 Euro besitzen – im Re-gelfall also kein Auto, keine Sterbegeldversicherung und kaum Erspartes. Wer heute 45 Jahre alt ist, noch 22 Jahre zu arbeiten hat und derzeit einen Stunden-lohn von 10 Euro verdient, wird dann – nach 47 Arbeitsjahren – eine Rente von 653 Euro erhalten (also unter der Grundsicherung, die bei 688 Euro liegt). Übrigens: Der Zahlbetrag für Frauen in Sachsen, die im vergangenen Jahr in Rente gegangen sind, lag bereits bei nur noch 674 Euro. Alle Bestandsrentnerinnen in Sachsen erhielten dem gegenüber im Durchschnitt 901 Euro.

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, der soll sich mit Rentenbeginn nicht beim Sozialamt anstellen müssen! Leistung muss sich lohnen, auch im Alter. Wer ar-beitet und spart, der darf nicht der Dumme sein. Damit dieses Grundprinzip wei-terhin zur Geltung kommt, müssen wir die Rente reformieren.

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

<p>A19</p> <p>Antragsteller: SV Radeberg</p> <p>Betreff: Bundesratsinitiative zum Wegfall der Vorverlagerung von Sozialversicherungsbeiträgen</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Sachsen sich im Bundesrat für die Rücknahme der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen einsetzt und damit die Liquidität sächsischer Unternehmen verbessert und Bürokratie abgebaut wird.</p> <p>Begründung: Mit der Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sollte den Sozialversicherungsträgern Liquidität und eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage ermöglicht werden. Dieser Effekt wurde jedoch tatsächlich in einer Größenordnung von rd. 20 Mio. Euro nur einmalig erzielt. Danach trat durch die bleibende Rhythmisierung kein weiterer positiver Liquiditätseffekt ein. Tatsächlich wurden und werden aber die Unternehmen, besonders kleine und mittlere Betriebe, in hohem Maße durch vorgezogene Zahlungen und einen erhöhten Verwaltungsaufwand nicht unerheblich belastet. Aktuell verfügen die Sozialversicherungsträger durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt über erhebliche Überschüsse, welche eine weitere Beibehaltung der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr rechtfertigt. Daher soll der Bund angehalten werden, zur ursprünglichen, unbürokratischen Regelung zurück zu kehren.</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A20</p> <p>Annahme von A20, damit A19 erledigt</p>
<p>A20</p> <p>Antragsteller: KV Bautzen</p> <p>Betreff: Wegfall der Vorverlagerung der Sozialversicherungsbeiträge</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Staatsregierung des Freistaates Sachsen sich im Bundesrat für die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einsetzt und damit die Liquidität Sächsischer Unternehmen verbessert und Bürokratie abgebaut wird.</p> <p>Begründung: identisch mit Begründung von Antrag A19</p>	<p>Gemeinsame Behandlung mit A19</p> <p>Annahme von A20, damit A19 erledigt</p>

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

<p>A21</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Eisenbahnverkehr nach Mittel- und Osteuropa</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union setzt sich für einen zügigen und leistungsstarken Ausbau der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den europäischen Nachbarn Tschechische Republik und Republik Polen ein.</p> <p>Die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich für ein spezielles Förderprogramm für den Ausbau der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen zu unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn einzusetzen.</p> <p>Begründung: Was im Bereich des Straßenverkehrs bereits gelungen ist, muss auch für die Eisenbahnstrecken erreicht werden. Hier gibt es, acht Jahre nach dem EU-Beitritt der osteuropäischen Nachbarstaaten Tschechien und Polen, noch immer starken Nachholbedarf. Eine leistungsfähige Verflechtung mit der Verkehrsinfrastruktur in unseren europäischen Nachbarländern ist notwendig. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn nehmen einen immer höheren Stellenwert ein. Hieran muss sich die zukünftige Verkehrsinfrastruktur orientieren. Den wachsenden Anforderungen der Globalisierung und unserer zentrale Lage in der Mitte Europas wird damit Rechnung getragen.</p>	<p>Annahme</p>
<p>A22</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Anstieg von Drogenkriminalität nicht hinnehmen!</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union sieht dringenden Handlungsbedarf um den, in den vergangenen drei Jahren deutlich gestiegenen, grenzüberschreitenden Drogenhandel im tschechisch-deutschen Grenzgebiet einzudämmen.</p> <p>Die CDU-Landtagsfraktion sowie die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden deshalb aufgefordert, Bundes- bzw. Staatsregierung zu ersuchen, in Gesprächen mit der Regierung der Tschechischen Republik auf das Problem aufmerksam zu machen und zum gesetzgeberischen Handeln aufzufordern.</p> <p>Ziel muss es sein, eine Rücknahme der dort zum 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Liberalisierung der Strafgesetzgebung zu erwirken. Denn diese hatte durch die Erleichterung des Drogenbesitzes für den Eigenbedarf mittelbar einen deutlichen Anstieg der Drogenkriminalität an den Grenzen zur Folge.</p> <p>Außerdem setzen wir uns für eine verstärkte Kontrolle der Bundespolizei und des Zolls im Grenzraum ein.</p>	<p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>A23</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Weltkulturerbebewerbungen auf allen Ebenen unterstützen</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union begrüßt den Vorschlag einer Expertenkommission des Freistaates Sachsen die Gartenstadt Dresden-Hellerau, die Leipziger Notenspur und die Hallenhäuser in der Görlitzer Altstadt für die deutsche Tentativliste für die Unesco-Liste des Welterbes vorzuschlagen.</p> <p>Darüber hinaus begrüßen wir den Vorschlag Schloss Hartenfels mit Schlosskapelle in Torgau als serielle Anmeldung zum schon bestehenden Weltkulturerbe „Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg“ in Sachsen-Anhalt zuzuordnen.</p> <p>Die Amts- und Mandatsträger der Sächsischen Union werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen aktiv für diese Vorschläge und Bewerbungen einzusetzen.</p> <p>Außerdem werden die Amts- und Mandatsträger der Sächsischen Union weiterhin auf allen Ebenen die Bewerbung der Montanregion Erzgebirge begleiten und unterstützen.</p> <p>Begründung: Die Sächsische Union ist stolz auf den kulturellen Reichtum Sachsens. Unser kulturelles Erbe ist heute einer der größten Schätze unseres Freistaates. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, die Vielfalt und Breite kultureller Tradition zu erhalten und weiter zu entwickeln. Unser sächsisches Kulturraumgesetz ist bundesweit einzigartig. Weitere Unesco-Weltkulturerbestätten stünden unserem Kulturland Sachsen gut zu Gesicht. Sie werben für Sachsen in der Welt, haben Strahlkraft und sind nicht zuletzt ein wesentlicher Faktor für den Tourismus. Wir werden deshalb weitere Bewerbungen mit voller Kraft unterstützen.</p>	<p>Annahme mit folgender Ergänzung:</p> <p><u>Hinzufügen eines neuen fünften Absatzes:</u></p> <p>„Außerdem setzt sich die Sächsische Union für die Aufnahme des Weltnaturerbes „Sächsisch-Böhmische Schweiz“ ein.</p> <p>[Bei Annahme dieser Ergänzung Betreff anpassen auf: „Welterbebewerbungen auf allen Ebenen unterstützen.“]</p>
<p>A24</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union setzt sich für die Schaffung eines unabhängigen Bildungsrates ein. Er soll nach dem Vorbild des Wissenschaftsrats eingerichtet werden.</p> <p>Der Bildungsrat soll die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung des Bildungssystems sowie der Zusammenarbeit der Länder in Bildungsfragen beraten.</p> <p>Begründung: Analog zum Erfolgsmodell Wissenschaftsrat soll der Bildungsrat im Konsensprinzip zwischen Bildungsforschern, den für Bildung zuständigen</p>	<p>Annahme</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>Ministerien und Vertretern der schulischen Praxis Vorschläge für eine bessere Abstimmung der Bildungssysteme der Länder entwickeln.</p>	
<p>A25</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Förderstrategie in Sachsen im Bereich Landwirtschaft nach 2013</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union setzt sich für Kontinuität bei der investiven Förderung für Landwirtschaftliche Betriebe hinsichtlich Fördermaßnahmen, Fördersätzen bzw. -höhen und Förderobergrenzen ein.</p> <p>Wir wollen die investive Förderung in Sachsen auch weiterhin ohne Nutzung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und als Regelförderung aufrechterhalten.</p> <p>Für alle Investitionsvorhaben soll das vereinfachte Antragsverfahren unabhängig von der Förderhöhe gelten. Der Nachweis der Maschinenauslastung soll entfallen und die Förderuntergrenze bei 20.000 € verbleiben, um auch Familienbetrieben im Haupt- und Nebenerwerb eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und eine vielseitig strukturierte Landwirtschaft im Freistaat Sachsen zu erhalten. Dabei sollen zügige und einfache Kontrollabläufe bei der Bewilligung, Abrechnung und Auszahlung seitens der Behörde gewährleistet werden.</p>	<p>Annahme</p>
<p>A26</p> <p>Antragssteller: Landesvorstand</p> <p>Betreff: Energiewende und Netzausbau</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Die Sächsische Union spricht sich für die Einbettung des gesamten Ausbaus der Erneuerbaren Energien in ein bundesdeutsches Gesamtkonzept der Energieerzeugung und Nutzung aus. Dafür ist eine grundlegende Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erforderlich. Weitere kleinteilige und ständige Änderungen des bisherigen EEG werden den Herausforderungen der Energiewende mit dem Zieldreieck aus Versorgungssicherheit-Wirtschaftlichkeit-Umweltverträglichkeit nicht gerecht.</p> <p>Neben der Erzeugung muss auch die Energieeinsparung stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken.</p> <p>Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien muss den Interessen von Grundeigentümern, Verbrauchern und der Wirtschaft ausreichend Rechnung getragen werden. Der Flächenverbrauch ist so gering wie möglich zu halten. Die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen und preiswerten Lebensmitteln muss weiterhin gewährleistet sein. Im Einzelnen heißt dies:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bevorzugung von marktkonformen, grundlastfähigen Energieträgern - Beendigung der Privilegierung der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen in ei- 	<p>Annahme mit folgenden Ergänzungen:</p> <p>[Energien in ein] europäisches und [bundesdeutsches Gesamtkonzept]</p>

Anträge	Empfehlung der Antragskommission
<p>nem 110-Meter-Streifen neben Autobahnen und Bahntrassen, um die Verdrängung landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verhindern;</p> <ul style="list-style-type: none"> - Absenkung der Förderung für größere Biogasanlagen, die nicht in funktionalem Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Betrieben stehen um weitere Verwerfungen auf den bäuerlichen Boden- und Pachtmärkten zu verhindern; - Verbindliche Regelung der Abstandsflächen für Windenergieanlagen in Abhängigkeit von der Anlagengröße im Landesentwicklungsplan und Lenkung des Ausbaus in weniger dicht besiedelte Regionen bei gleichzeitiger Aufhebung der regionalen Energievorgaben für einzelne Planungsregionen in Sachsen und Abschaffung fester Ausbauziele. Die Nutzung von Waldgebieten soll grundsätzlich vermieden werden. Dies gilt insbesondere für Waldflächen mit Schutzstatus nach Naturschutzrecht und mit ausgewählten Waldfunktionen. [*1] - Wahrung agrarstruktureller Belange bei der Trassenplanung und kein zusätzlicher Flächenverbrauch durch den naturschutzfachlichen Ausgleich bei der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien und des Trassenbaus; - Entschädigung für Grundeigentümer beim Trassenbau 	<p>[*1] - Einfügen neuer Satz: „Positiv stehen wir der Erneuerung abgeschriebener Windkraftanlagen an bestehenden Standorten gegenüber.“</p>
<p>A27</p> <p><u>Antragssteller:</u> Landesvorstand</p> <p><u>Betreff:</u> Sachsen digital gestalten</p> <p><u>Der Landesparteitag möge beschließen:</u></p> <p>Sachsen digital gestalten Das Internet ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes</p> <p><u>Sachsen digital gestalten: Neun Thesen</u></p> <p>1. Internet ist Grundlage im Alltag wie Wasser- oder Stromanschluss. Das Internet und die weitere Entwicklung der digitalen und mobilen Informationsverarbeitung verändern unsere Gesellschaft grundlegend und mit wachsender Geschwindigkeit. Die Sächsische Union erkennt darin vor allem viele Chancen, die wir für unseren Freistaat und unsere Gesellschaft nutzen wollen. Dafür ist ein stabiler und schneller Internetzugang an jedem Ort in Sachsen Voraussetzung. Die Sächsische Union arbeitet für eine flächendeckende Breitbandversorgung und will frei zugängliche W-LAN Hotspots an öffentlichen Plätzen ermöglichen.</p> <p>2. Moderne Arbeitsplätze entstehen im und durch das Internet. Neue Technik und intelligente Programme kommen uns im Alltag immer mehr entgegen und sorgen für mehr Komfort. Sachsen ist traditionell ein Land der Ingenieure. Viele Menschen bei uns haben kreative Ideen und Mut als Unternehmer. Solche Entwicklungen will die Sächsische Union befördern und gezielt netzbasierte Projekte und Unternehmensideen anstoßen oder durch städtische Open Data Konzepte initiieren.</p>	<p>Annahme</p>

<p>3. Das Internet schafft eine neue Art der Zusammenarbeit. Internet, Mobiltelefon, E-Mail. Die Menschen tauschen sich heute mehr aus und bleiben ständig in Kontakt. Nachrichten und Neuigkeiten verbreiten sich über die ganze Welt auch ohne klassische Medien. Die Richtung ist deutlich: Weniger Menschen lesen Zeitung, mehr Menschen informieren sich über Google, Facebook und andere Internetdienste. Die Sächsische Union nutzt diese Möglichkeiten intern und extern zur intensiven politischen Diskussion. Wie schon bei Erstellung des Zukunftsprogramms wird die Sächsische Union auch künftig Thesen und Position gemeinsam online erarbeiten.</p> <p>4. Die neuen Techniken müssen gelernt und gelehrt werden. Die Grenzen der gewohnten Medien wie beispielsweise Fernsehen oder Zeitung verschwimmen. Im Internet bilden sich neue Informationskanäle und Formate. Kinder und Jugendliche müssen lernen, durch Verständnis für die neuen Medien Risiken zu vermeiden und Chancen zu nutzen. Auch ältere Generationen brauchen die Kompetenz, sich in der Welt der neuen Medien zurecht zu finden. Die Sächsische Union will „Medien Tandems“ ins Leben rufen, mit denen die Enkel- und Großelterngeneration gegenseitig über Internet und digitale Medien voneinander lernen.</p> <p>5. Urheberrecht gilt auch in der digitalen Welt. Digitale Informationsverarbeitung ermöglicht jedermann Kopien ohne Verlust in unbegrenzter Anzahl. Der Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen oder von Unterhaltung sind durch diese Entwicklung technisch keine Grenzen gesetzt. Das Urheberrecht hat die Aufgabe, hier einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Urheber und Nutzern herzustellen. Wie beispielsweise zwischen Autoren und Lesern oder Musikern und Hörern. Die Sächsische Union steht zum geistigen Eigentum; wir treten aber für eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen ein.</p> <p>6. Das Internet erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die modernen Medien bieten in jedem Privathaushalt mühelos alle Instrumente der aktuellen Bürokommunikation. Die veränderte Ausstattung der Haushalte verändert auch die Arbeitswelt. Heimarbeit oder Telearbeitsplätze werden häufiger gewünscht. Die Sächsische Union will Unternehmen und öffentlichem Dienst Mut machen, neue Wege in der Arbeitswelt zu gehen. Die Sächsische Union macht sich dafür stark, die neuen Möglichkeiten für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nutzen.</p> <p>7. Das Internet verbessert die Chancen für den ländlichen Raum. Die demografische Entwicklung verändert unser Land. Flächendeckender Netzausbau kann für künftige Entwicklungen eine Angleichung der Lebensumstände zwischen Stadt und Land bedeuten. Ein Breitbandanschluss ist heute Standortfaktor. Das Internet ermöglicht heute an jedem Ort den Zugriff auf das volle Waren- und Kulturangebot und bietet völlig neue Möglichkeiten für Verwaltung und medizinische Versorgung. Die Sächsische Union steht für einen konsequenten Netzausbau insbesondere im mobilen Datennetz.</p> <p>8. Freiheit und Sicherheit müssen auch im Internet durchgesetzt werden. Das Internet kann Werkzeug für Kriminelle oder Plattform für Extremisten werden. Die Sächsische Union steht für Sicherheit auch im Internet. Für uns ist klar, dass im Internet keine rechtsfreien Räume entstehen dürfen. Grundrechte, -werte und Gesetze zum Schutz von Menschen dürfen durch neue Technik nicht</p>	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

ausgehöhlt werden. Die neuen technischen Freiheiten dürfen nicht zur Verantwortungslosigkeit verkommen. Umgekehrt darf der Wunsch nach Sicherheit nicht die Freiheit des Einzelnen über Gebühr einschränken. Die Sächsische Union steht für höchste Sicherheitsstandards bei Verarbeitung und Übertragung persönlicher Daten – egal ob bei privaten oder öffentlichen Stellen.

9. Persönliche Daten brauchen einen besonderen Schutz.

Die Kapazitäten, Informationen digital zu archivieren und zu analysieren scheinen grenzenlos. Entsprechend werden immer mehr Informationen gewonnen und gespeichert. Darunter sind auch persönliche Daten, die Auskunft geben über private Angelegenheiten oder Gewohnheiten. Vielen Menschen bereitet die automatisierte Auswertung oder der unbefugte Zugriff auf ihre eigenen Daten Sorge. Die Sächsische Union steht für einen Datenschutz, den nicht nur Behörden gegenüber den Bürgern garantieren, sondern der auch Unternehmen und weltweite Konzerne in ihrem Verhalten gegenüber den Kunden verpflichtet.

Das Internet ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes: Überlegungen zur Zukunft

Die Digitalisierung ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes. Das Internet ist ein universelles Werkzeug, das in allen Bereichen unserer Zivilisation Einzug hält. Geräte und Maschinen werden weiter automatisiert und können sich gegenseitig über das Internet steuern. Navigationsgeräte haben Landkarten weitgehend abgelöst. Traktoren oder Mähdrescher werden mit GPS in der Spur gehalten. Fernsehen, Waschmaschine, Heizung oder Jalousien können schon heute von unterwegs programmiert werden. Besonders unterwegs wird das Internet neue Hilfe bieten können. Zukünftig erfahren wir auf der Autobahn vom Stau auf der Strecke von den vorausfahrenden Autos und schneller als aus dem Verkehrsfunk. Viele andere nützliche Automatisierungen, Vernetzungen oder Programmierungen sind denkbar und machbar. Die weltweite Vernetzung schafft eine neue Qualität der Kommunikation der Menschen und der Maschinen miteinander. Bilder, Informationen und Meinungen können innerhalb von Sekunden rund um den Globus verschickt werden. Jeder Einzelne kann sich über soziale Netze einer breiteren Öffentlichkeit mitteilen. Und umgekehrt erreichen Marketing und Werbung ein Höchstmaß an Individualisierung. Firmen lenken über das Nutzerverhalten im Internet die weitergehenden Angebote und steuern Werbung.

Digitale Strukturpolitik – gleiche Chancen in allen Regionen

Das Internet bietet an jedem Ort das gleiche Angebot. Ob Stadt oder Land. Vorausgesetzt der Netzausbau ist flächendeckend und qualitativ hochwertig. Internet ist für Unternehmen die Verbindung mit dem weltweiten Markt und für die Standortentscheidung ebenso wichtig wie Strom- oder Telefonanschluss. Ohne Internetanschluss bleiben Regionen vom Fortschritt abgeschnitten – mit Internet bieten auch ländliche Regionen kulturelle und ökonomische Angebote, die urbanen Verhältnissen gleichkommen. Damit werden auch ländliche Gebiete für junge und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv, weil sich die Vorteile von Stadt und Land miteinander kombinieren lassen. Flächendeckender Netzausbau kann auf diese Weise auch Abwanderung verringern. Beispielsweise ist das wissenschaftliche Informationsangebot aus den Bibliotheken über Internet in jedem Haushalt egal an welchem Ort abrufbar. Angebote der Unterhaltungsmedien sind über Internet auch regional vollständig verfügbar.

<p>Das Konsumangebot für jede Art von Waren ist nicht mehr an einen Präsentations- und Verkaufsort als Laden gebunden, sondern kann über Onlineshops jederzeit und überall in Anspruch genommen werden.</p> <p>Dafür braucht es größere Kapazitäten im Netz. Die steigenden Zugriffszahlen und Datenvolumina bringen die bestehenden Netze schon heute an ihre Grenzen. Der flächendeckende Netzausbau, insbesondere der mobilen Netze, muss deshalb Priorität haben. Grundsätzlich muss am Prinzip der Netzneutralität festgehalten werden, weil darin das kreative Potential steckt. Aber technische Grenzen werden „Verkehrsregeln“ für Daten im Netz erforderlich machen. Wo es technisch notwendig ist, müssen die Netzanbieter die Qualität der Datenübertragung durch Netzwerkmanagement sicherstellen können.</p> <p>Digitale Teilhabe – neue Chancen zur Meinungsbildung</p> <p>Über das Internet haben sich neue soziale Netzwerke aufgebaut und die Menschen werden sich weiter miteinander verknüpfen. Die Verbindungen der Menschen untereinander wachsen exponentiell. Viele folgen diesem Trend zunächst einfach aus Freude am sozialen Kontakt und aus Neugierde am Austausch untereinander auch über Alltagsdinge. Tatsächlich entwickeln sich mit der wachsenden Vernetzung virtuelle Kommunikationsräume wie „digitale Stammtische“ oder „online think tanks“. Gleichzeitig ergeben sich daraus auch riesige Möglichkeiten für professionelle und interessen geleitete Kommunikation.</p> <p>Unternehmen nutzen die Marketingmöglichkeiten, die sich damit eröffnen. Eine steigende Zahl von Menschen informiert sich nicht mehr über Tageszeitungen, sondern bezieht auch Nachrichten und politische Informationen über soziale Netzwerke und Internetdienste. Die Nachricht von der Notlandung eines Flugzeugs auf dem Hudson River in New York ging bei Twitter schneller um den Globus als über die offizielle Nachrichtenagentur. Neuigkeiten jeder Art werden über Facebook wie Mund-zu-Mund-Propaganda in Sekundenschnelle verbreitet. Glaubwürdigkeit der Informationen kann sich über die Verlässlichkeit der Teilnehmer auch in den verschiedenen sozialen Netzwerken aufbauen. Das Beispiel Wikipedia zeigt, wie ein guter Kodex der weltweit verstreuten und kollaborativ arbeitenden Redakteure hohe Akzeptanz und Zuverlässigkeit geschaffen hat.</p> <p>Im Internet findet nicht nur wissenschaftlicher Austausch, sondern auch Meinungsbildung statt. Daran teilzunehmen, ist der Auftrag unseres Grundgesetzes an die politischen Parteien. Die Sächsische Union will auch mit neuen Medien an der gesellschaftlichen Diskussion teilnehmen. Internetforen bilden Stimmungsbilder ab und bieten Möglichkeit, eigene Meinungen und Positionen zur Diskussion zu stellen. Die Möglichkeiten der Internetdienste sind hilfreich für die parteiinterne Meinungsbildung aber auch für die Verbreitung und Darstellung nach außen. Was früher an Stammtischen oder im persönlichen Gespräch verabredet wurde, läuft heute vielfach mit dem Smartphone über Netzwerke virtuell.</p> <p>Neue Qualität der Kopie – Urheberrecht im Digitalzeitalter.</p> <p>Die Musikbranche ist über das Internet in eine Krise gestürzt. Andere Branchen spüren die Entwicklung. Denn das „Verdien-“ und Verkaufsmodell über trägergestützte Urheberrechte von Künstlern hat im Internet keine Entsprechung. Auf digitaler Grundlage lassen sich alle Ideen, Konzepte und</p>	
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

Ausdrucksformen menschlicher Kreativität ohne körperliches Trägermedium beliebig oft kopieren und teilen. Der Austausch von künstlerischen oder wissenschaftlichen Schaffensprodukten ist über Internet qualitativ erleichtert und strukturell schlechter nachzuvollziehen. Heute stellt sich die Frage, ob das deutsche Urheberrecht und der Anspruch auf geistiges Eigentum im Internet unverändert fort gelten können. Einerseits muss das Urheberrecht klar und eindeutig für die Anwender bleiben. Andererseits müssen Öffnungen für neue technische Möglichkeiten und wirtschaftliche Modelle geschaffen werden. Mit Blick auf die rasante Entwicklung ist eine Förderung der Portabilität und Mobilität von bezahlten Medieninhalten durch Weiterentwicklungen im Urheberrecht zu fördern.

Die Verfolgung von Urheberrechtsverstößen im Internet hat sich zu einem Geschäftszweig entwickelt. Das ist weder im Sinne der vielen privaten Anwender noch im Sinne einer öffentlichen Strafverfolgung. Die Instrumente zur Durchsetzung der Inhaberrechte müssen stark und effizient sein, dürfen aber nicht von wirtschaftlichen Interessen dominiert werden. Der Staat darf die Durchsetzung des Urheberrechts nicht privaten Mechanismen wie beispielsweise den Massenabmahnungen spezialisierter Kanzleien überlassen. Auch dürfen Sanktionen gegen Rechtsverletzungen nicht dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung entgegenstehen. Internetsperren beispielsweise sind staatlich nicht gerechtfertigte Eingriffe.

Sicheres Internet – Gefahren im Netz beherrschbar machen

Vielen Menschen bereiten die Freiheit und die anonymen Möglichkeiten im Internet Sorge. Tatsächlich eröffnet die virtuelle Welt Wege und Methoden, mit denen der Einzelne die Kontrolle über seine Daten verlieren kann. Allerdings ist Datenschutz in der vernetzten Welt nicht mehr zuerst eine Frage zwischen Staat und Bürger, sondern vor allem eine Frage der Bürger untereinander. Wie beispielsweise die den Unternehmen anvertrauten persönlichen Daten. Deshalb ist Datenschutz auch im Internet vor allem eine Frage der eigenen Aufmerksamkeit und der entsprechenden technischen Möglichkeiten. Angesichts zunehmender Mengen von Daten sind automatisierte Verfahren und digitale Archivierung notwendige Voraussetzungen, um Schutzvorschriften korrekt umsetzen zu können und menschliche Fehler zu verringern. Das zeigen die Erfahrungen der Sicherheitsbehörden und Datenschutzbeauftragten.

Natürlich haben sich mit dem Internet auch neue Formen der Kriminalität entwickelt. Über das Netz kann es Betrügern oder Saboteuren gelingen, sensible Daten abzufangen oder zu manipulieren. Angefangen vom simplen Trickbetrug mittels Massen-E-Mail vergleichbar einem „Hütchenspieler“ bis hin zu hochentwickelten Virenprogrammen, die Systeme ausspähen, knacken oder lahmlegen können. Dazu gehört auch der Tachobetrug beim Gebrauchtwagenverkauf, der durch die Digitalisierung letztlich erleichtert worden ist. Dazu gehört aber auch das scheinbar harmlose soziale Netzwerk, das tatsächlich von Extremisten betrieben wird und als Propagandainstrument genutzt wird. Digitalisierung und Vernetzung machen öffentliche Infrastruktur verwundbar und erzeugen einen neuen Zweig der Wirtschaftskriminalität. Kriminalitätsbekämpfung im Internet hat Waffengleichheit zur Voraussetzung. Wichtig sind daher technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und exzellentes Know How bei Polizei und Verfassungsschutz.

Anträge

Empfehlung
der Antragskommission

<p>social media – Neue Medien verlangen neue Bildung Über die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung wachsen bislang getrennte und gewohnte Medien zusammen. Das Fernsehgerät bietet heute auch Internetzugang. Der Computer oder der MP3-Player ersetzt heute weitgehend die herkömmliche „Stereo-Anlage“. Zeitungen bieten Ihre Artikel selbstverständlich auch im Internet und stundenaktuell an. Fernsehsender halten ihre Sendungen auf der Internetseite im Archivbereich über längere Zeit im Angebot. Die Medienkonsumenten können Inhalte der Programmanbieter auf dem privaten Media-Receiver speichern. „TV on demand“ ist Realität. Für Kinder ist heute der Unterschied zwischen einer Fernsehsendung im klassischen Programm und einem „gestreamten“ Film über Internet nicht mehr erkennbar. Der nächste Schritt steht mit You Tube Kanälen vor der Tür. Dann wird unser Medienangebot weniger von Programmdirektoren als von unserem Freundeskreis bestimmt. Diese neuen Mechanismen müssen wir verstehen. Das gilt auch für soziale Netze. Berühmtes Beispiel: Eine falsche Einstellung bei Facebook macht eine Einladung zur Grillparty zum Happening für ungebetene Gäste.</p> <p>Internet in Zukunft – mehr Chance als Risiko Bei aller Kritik: Internet ist die Chance für jeden, unabhängig vom Ort einen Einstieg in die milliardenfachen aktuellen Informationsangebote der Menschheit zu finden. Die Sächsische Union stellt Chancen und Risiken sachlich gegenüber. Natürlich bringen neue Medien und neue Technik auch neue Gefahren. Die bisherige Entwicklung zeigt aber deutlich, dass die Vorteile der digitalen Entwicklung überwiegen. Wichtig ist deshalb, die Aufklärungsarbeit und die Kompetenz für neue Medien zu stärken. Die Sächsische Union wird deshalb die Netzpolitik als einen weiteren Schwerpunkt der eigenen Positionen weiter ausbauen und aufbauen.</p>	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--